

Volkstimme

Einzelpreis 10 Pfennig.

Tageszeitung der Sozialdemokratischen Partei.

Die „Volkstimme“ erscheint an jedem Wochentag abends. — Verantwortlich: Redakteur Albert Pauli, Magdeburg. — Verlagsort: Magdeburg, Große Mühlstraße 3. — Fernsprechnummer: 2286. — Druck und Verlag von W. Franke & Co., Magdeburg, Große Mühlstraße 3. — Fernsprechnummer: 2286. — Postfachnummer 2. Nachtrag, Seite 110. — Bezugspreis: Vom 1. bis 14. Februar 1.00 Mark, Abolter 0.90 Mark.

Anzeigenpreise in Goldpfennigen: Die 10gespaltene, 27 Millimeter breite Nonpareilzeile beträgt 20 Pfennig auswärts 3 Pfennig, Familienanzeigen und Stellenangebote 12 1/2 Pfennig, Vereinsankündiger 20 Pfennig, die dreigespaltene 90 Millimeter breite Reklamazeile beträgt 100 Pfennig, auswärts 150 Pfennig. (Eine Goldmark = ein Dollar, geteilt durch 1,20.) Der gewährte Rabatt geht verloren, wenn nicht binnen 6 Tagen nach Rechnungsdatum Zahlung erfolgt. — Für Diabovordrucken keine Gewähr. — Postfachnummer Nr. 122 Magdeburg.

Nr. 30.

Magdeburg, Donnerstag den 5. Februar 1925.

36. Jahrgang.

Der flaggende Ebert-Richter.

Am 4. Februar d. J. hat sich der Berliner Landgerichtsdirektor Kroner vor einem Berliner Gerichte wegen Beleidigung zu verantworten, die er angeblich gegenüber Magdeburger Kollegen durch einen Zeitungsartikel begangen haben soll. Der fragliche Artikel ist in der Abend-Ausgabe der „Vossischen Zeitung“ vom 21. Dezember 1924 erschienen und richtet sich gegen das Urteil, welches das Magdeburger Schöffengericht unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Bendersdorff in dem Beleidigungsprozeß des Reichspräsidenten gefällt hat. Der Strafantrag ist von dem Oberlandesgerichts-Präsidenten in Naumburg als Vorgesetzten des Landgerichtsdirektors Bendersdorff gestellt. Es ist ein in der deutschen Justizgeschichte beispielloser Vorgang, daß sich ein hoher Richter wegen Beleidigung seiner Kollegen vor dem Strafgericht zu verantworten hat.

Die republikanischen Parteien täten gut daran, sich zu überlegen, welche außerordentliche Bedeutung diesem Strafverfahren gegen Landgerichtsdirektor Kroner zukommt. Kroner gehört zu den ganz wenigen Richtern, die mit ihrem Herzen auf der Seite der Republik stehen. Er ist Vorsitzender des Republikanischen Richterbundes. Die Verurteilung Kroners vor dem Landgerichte soll die Grundlage bilden für ein Disziplinarverfahren, das mit der Dienstentlassung Kroners enden soll. Schon hat der „Berliner Lokal-Anzeiger“ im voraus triumphierend verkündet, daß Kroner nicht lange mehr die Autorität eines Richters genießen würde.

Was würde die Folge dieses Verfahrens gegen Kroner sein? Es würde nicht nur ein Richter vernichtet werden, der in den Kreisen aller republikanischen Juristen die größte Achtung und Wertschätzung genießt, sondern es würde zugleich ein schwerer Schlag gegen alle diejenigen republikanisch gesinnten Juristen geführt werden, die es wagen, innerhalb der Beamtenenschaft sich zu ihrer Ueberzeugung zu bekennen. Man vergesse doch nicht, daß heute 90 Prozent der deutschen Richter zu den rechtsstehenden Parteien gehören. Daß es für jeden Richter und für jeden Staatsanwalt einen außerordentlichen Mut bedeutet, wenn er es wagt, gegen diese herrschende Strömung Front zu machen. Im privaten Gespräch ist mir von republikanischen Juristen, die innerhalb der Beamtenenschaft tätig waren, gesagt worden, welche schwere persönliche Schädigung ihnen aus dem Befehnis zu ihrer Ueberzeugung erwuchs. Auch jeder Richter hat das berechtigte Interesse, Karriere zu machen. Welche schweren Gemeinisse entstehen aber selbst für die republikanisch gesinnten Persönlichkeiten der Richterenschaft und Staatsanwaltschaft, wenn sie befürchten müssen, daß bei jeder Entscheidung, die sie im Geiste der Republik fällen, sie sich der Gefahr des Unmutes und der Feindschaft ihrer unmittelbaren Vorgesetzten aussetzen. Mir erzählte kürzlich ein Kollege, der sich seit langem auch einen wissenschaftlichen Namen geschaffen hat, daß er um seine Entlassung als Gerichts-Magister einfach aus dem Grunde eingekommen sei, weil er gesehen habe, daß er bei der reaktionären Gesinnung seiner Vorgesetzten doch keine Aussicht auf Weiterkommen habe.

Durch solche Strafverfahren wie das jetzige gegen den Leiter des Republikanischen Richterbundes kann nur geradezu der Geist der Verzweiflung und des Unmutes innerhalb des kleinen Kreises der republikanischen Richter großgezogen werden. So entfremdet sich die Republik auch ihrer wenigen Freunde innerhalb der Beamtenenschaft.

Es erscheint angebracht, nochmals auf die Grundlage jenes Strafverfahrens einzugehen.

Das Magdeburger Urteil war gesprochen worden. Der Vorwurf des schwersten Verbrechens war von dem Magdeburger Gericht dem repräsentativen Vertreter des Deutschen Reiches ins Gesicht geschleudert worden. „Wende dieses Urteil zu Recht, so müßten Scham und Trauer uns überwältigen.“ So schreibt Professor Graf zu Dohna, selbst Mitglied der Deutschen Volkspartei, in der „Deutschen Juristen-Zeitung“ vom 15. Januar 1925. Das Urteil des Magdeburger Schöffengerichts war in offenkundig haltloser Weise begründet und widersprach allem rechtlichen Empfinden. Dieses Urteil ist nun vom Landgerichtsdirektor Kroner in der Abendausgabe der „Vossischen Zeitung“ vom 21. Dezember 1924 wie folgt kritisiert worden:

Im Falle des Herrn Reichspräsidenten unterjocht die Magdeburger Urteilsbegründung das Vorliegen von Landesverrat in der Teilnahme des damaligen Abgeordneten Ebert an der Leitung des Munitionsarbeiterstreiks im Frühjahr 1918. Es wird ausgeführt, Ebert und seine Partei müßten die politische Absicht zur Vereitelung des Streiks gehabt haben. Diese Ab-

sicht müße für die strafrechtliche Beurteilung ausschlaggebend sein. Objektiver, vorsätzlicher Landesverrat sei dadurch begangen, daß Ebert der Herausgabe eines Flugblatts für den Streik nicht widersprach, und daß er am Schluß seiner Dreptovener Rede vom 31. Januar 1918 die Streikenden aufforderte: „Haltet ruhig aus, Eure Arbeitsbrüder in anderen Städten stehen zu Euch!“

Das ist, es muß gesagt werden, eine jammervolle, schamlose, feige, verächtliche Konklusion gegenüber dem Träger der Würde Deutschlands, der schon als Abgeordneter allgemeines Misstrauen genoss, der als Volksbeauftragter nach dem Zusammenbruch des Vaterlandes sich den entfesselten Leidenschaften furchtlos entgegenstellte, der von der Nationalversammlung und von dem Reichstag im Namen einer überwältigenden Mehrheit der Deutschen zum Reichspräsidenten ernannt und bestätigt wurde. Was soll es hier heißen: die Absicht des Mannes müße dahingestellt bleiben, der Vorsitz bestreite? War die Absicht dieses führenden Politikers, sein ganzes Tun und Trachten, auf Stärkung der Landesverteidigung, auf Abwägung und Vereitelung des Streiks gerichtet, so schließt das nach dem eingangs Gesagten den Vorsitz zum Landesverrat eben selbstverständlich völlig aus. Alle Einzelhandlungen, auch ein scheinbares Gewährentlassen, beschönigende Worte zu der aufgeregten Menge, ordnen sich der beherrschenden Absicht unter, im Schlussergebnis den Streik so rasch wie möglich zu Ende zu bringen. Würde die Haltung des Führers von dem und jenem mißdeutet werden, möchten sich selbst unangelegentlich zum Durchhalten im Streik aufgerufen fühlen, das müßte in Kauf genommen werden, um die Menge als Ganzes in Zaum und Zügel zu halten, um mit staatsmännischer Hand die Dinge zum guten Ende zu bringen. Aus diesem Zusammenhang einzeln herauszugreifen, ist willkürlich, verlinde, sinnlos und lächerlich. Es ist auch, wie gezeigt, unjuristisch. Am es nochmals einzuhämmern: der Abgeordnete Ebert konnte unmöglich selbst in Einzelaktionen seiner damali-

gen Tätigkeit den Vorfall zum Landesverrat, d. h. das Bewußtsein, die Voraussetzungen eines das Land schädigenden Erfolges haben, da seine ganze Absicht auf Vereitelung solchen Erfolges zusammengeballt war.

Nicht des Freistaats, die es unternehmen, das Oberhaupt des Staates in der dargelegten Art rüddlings insamieren zu wollen, in samieren sich selbst. In diesem neuen, traffen Ausnahmefall ist es zu meinem Schmerz und meiner Empörung wieder geboten, auf der Stelle hinzutreten: es gibt noch Richter in Deutschland, die von solcher „Justiz“ abtrüden. Es ist nicht nötig, erst die Stimmen des Republikanischen Richterbundes aus dem ganzen Reich besonders einzuholen; sie würden einhellig sein in der Beurteilung der Begründung des Urteils von Magdeburg. Mögen die Widerfacher schreien, man mische sich in ein schwebendes Verfahren. Die Magdeburger Prozedur, mit ihrem traurigen Mute zur Ueberprüfung, hat jeden Respekt verwirrt. Ueberhöhet durch die Niedrigkeit des Magdeburger Erkenntnisses, wird der erste Reichspräsident der deutschen Republik nicht nur als vollendeter Ehrenmann, sondern auch als Lebensretter Deutschlands aus dem Zusammenbruch des Jahres 1918 in der Geschichte fortleben.

Diese Kritik ist eine außerordentlich scharfe, und ich möchte mich mit ihr auch in der Form nicht identifizieren. Aber vom Standpunkt des allgemeinen Rechtsempfindens ist es unüberwindlich, daß man in Deutschland nicht gegen einen Richter vorgeht, der gegen den höchsten Beamten des Reiches die denkbar schwersten Angriffe in offenkundig ungerechtfertigter Weise erhebt, sondern gegen den Richter, der der allgemeinen Empörung über dieses Urteil scharfen Ausdruck verleiht.

Rechtsanwalt Dr. Ernst Emil Schweizer.

Wer ist Julius Barmat?

Der preussische Untersuchungsausschuß für die Barmat-Antiker-Affäre setzte am Dienstag seine Verhandlungen fort. Als erster Zeuge wurde der frühere Präsident der Seehandlung v. Dombrowski über den Geschäftsgang der Seehandlung unter seiner Leitung und insbesondere über die Kreditgewährung im Falle Antiker und Barmat befragt. Seine Aussagen bildeten eine Bestätigung für die Behauptung, daß die gegenwärtig zur Debatte stehenden Affären nie möglich gewesen wären, wenn die Seehandlung ordnungsgemäß gearbeitet hätte und bei der Vergebung von Krediten um genügende Deckung bemüht gewesen wäre.

Im Anschluß an die Vernehmung des früheren Präsidenten der Seehandlung wurde in die

Vernehmung des Abgeordneten Heilmann

eingetreten. Er gab einleitend einen längeren Bericht über seine Bekanntschaft mit Julius Barmat, den er am 4. März 1919 kennengelernt hat. Heilmann war damals Berliner Vertreter des holländischen Mattes „Het Volk“, zu dessen Gründung Julius Barmat 350.000 Gulden zur Verfügung gestellt hatte, ohne aber direkten journalistischen Einfluß auf das Blatt zu gewinnen. Anfang März 1919 kam Barmat nach Berlin, um hier eine Notationsmaschine und deutsches Papier für die erwähnte Zeitung einzukaufen. Er ließ Heilmann bei dieser Gelegenheit mitteilen, daß er ihn kenne und wolle. Diefem Wunsch hat Heilmann entsprochen und ist dann am 4. März wieder nach Weimar zurückgereist, wo er damals den Sitzungen der Nationalversammlung als Presserepäsentant beizuhönte.

Ein Angebot, holländischer Generalkonsul in Holland zu werden, lehnte Barmat ab, weil er nicht holländisch war. Das ist die Vorgeschichte! Baron von Kalchauer sah meiner Ansicht nach in Barmat

einen Parteigänger Deutschlands,

während Legationsrat Graf Bassenheim ihn im Verdacht hatte, ein Revolutionär und Bolschewik zu sein. Als dann Barmat dem Staatssekretär Tappfer seine Pläne mit dem Rotterdamer „Vorwärts“ u. v. m. entwarf, hat dieser sich für ein Dauervisum eingekauft, das auch ordnungsmäßig erteilt wurde. Gewundert habe ich mich über einen Vorfall, daß Barmat eines Tages während des Belagerungszustandes nach Amsterdam telephonieren konnte. Er zeigte mir darauf eine Erlaubnis des Herrn v. Lüttich, vom Korpskommando nach Amsterdam zu telephonieren. Bei dieser Gelegenheit hat Barmat den Adjutanten des Herrn v. Lüttich, den Träger des Namens eines alten Adelsgeschlechts, kennengelernt. Dieser erklärte ihm, er werde aus der Reichswehr entlassen und wolle sich eine neue Existenz in Südamerika schaffen. Er habe zu niemand in Deutschland ein solches Vertrauen wie zu Barmat. Barmat stellte ihm die erforderlichen Mittel zur Verfügung. Der Offizier ging dann nach Südamerika und hat im Jahre 1923 das Darlehen zurückgezahlt. Nun zum

Verkehr Barmats mit dem Reichspräsidenten.

Nach der Konferenz von Amsterdäm kehrte Barmat nach Berlin zurück. Er wies ein Schreiben eines hervorragenden belgischen Politikers an Ebert, in dem dieser gebeten wurde, ihn, dem belästigten Politiker, mitzuteilen, welche besondern Wünsche die

Sozialdemokraten für die Friedensverhandlungen in Versailles hätten. Er wolle diese Wünsche dem sozialistischen Vertreter Belgiens auf der Versailler Konferenz übermitteln. Deshalb wurde Barmat Ebert vorgestellt. Dieser hat von dem Schreiben Kenntnis genommen und seiner Freude Ausdruck gegeben über eine solche Gelegenheit, da es für Deutschland nicht viele Wege gäbe, auf die Friedensverhandlungen einzuwirken. Barmat wurde dann vom Reichspräsidenten zum Abendessen eingeladen und später zum Empfang des Antwortbriefes zu einer Tasse Kaffee. Seitdem hat der Reichspräsident Barmat oder einen der Barmats nie wieder gesehen.

Vorsitzender Dr. Leibig: Das ist Ihre Annahme?

Heilmann: Ich weiß es von beiden Beteiligten. Heilmann kommt dann auf die Rolle zu sprechen, die der sozialistische Abgeordnete Franz Krüger bei der Ausstellung von Ausweisen u. v. m. gespielt hatte. Dieser habe dabei nicht im Sinne des Reichspräsidenten, sondern auf seine eigene Verantwortung gehandelt. Krüger habe sich nicht als Beamter, sondern als politischer Verbindungsmann

zwischen Reichspräsident und der Sozialdemokratischen Partei angesehen. Aus seiner Stellung hätten sich fortwährend Konflikte zwischen ihm und dem Reichspräsidenten ergeben, die schließlich dazu geführt hätten, daß Krüger seiner Tätigkeit bei dem Reichspräsidenten mit der Begründung niedergelegt habe, die ganze Tätigkeit im Bureau des Reichspräsidenten sei rein beamtenmäßig und bürokratisch organisiert; neben diesem Beamtentum, das alles in der Hand habe, sei für ihn kein Platz mehr. Zuswendungen habe nach Heilmanns Ansicht Krüger weder angenommen von Barmat noch seien solche angeboten worden. Die Ausweise hätten nicht den Stempel getragen „Der Reichspräsident“, sondern den Stempel, den Krüger amtlich zu führen hatte, „Bureau des Reichspräsidenten“.

Heilmann kommt dann auf die Beziehungen zwischen dem Sohn Eberts und Barmat zu sprechen. Die verschiedenen Angriffe, die gegen den Sohn des Reichspräsidenten wegen seiner Stellung in der Reichszentrale für Heimatdienst gerichtet worden seien, hätten ihm diese Stellung verleidet. Er wolle gern ausscheiden und suchte eine andre Tätigkeit. Deshalb wände er sich eines Tages ohne Vorwissen von ihm, Heilmann, an Barmat und fragte, ob er nicht in seinem Betrieb eine Stellung finden könne. Barmat habe nicht ja und nicht nein gesagt, sondern ihn gebeten, einmal zur Bremer Privatbank zu gehen und mit deren Leitern zu verhandeln. Daraufhin sei Herr Ebert junior vom Leiter der Bremer Privatbank engagiert worden zum Zweck, ein sozialpolitisches Referat für den gesamten Konzern aufzustellen. Das sei im Herbst 1924 gewesen. Solange dieses sozialpolitische Referat aber nicht bestünde, sollte Ebert jun. in der Buchhaltung arbeiten, und zwar zu einem Gehalt von 500 Mark monatlich. In der Buchhaltung sei er 1 1/2 Monate beschäftigt gewesen, die Tätigkeit habe ihm aber wenig behagt und er habe zu ihm, Heilmann, den Wunsch geäußert, wieder auszufcheiden. Daß habe Barmat junior getan und er habe später, am 28. November, an Barmat geschrieben, er möchte nicht zurückkehren, weil er das dortige Tätigkeitsfeld als für ihn nicht geeignet finde.

Weiter äußert sich Heilmann über seinen Verkehr mit Julius Barmat. In den Jahren 1919 bis 1921 habe er mit Julius Barmat sehr viel verkehrt. Seit 1920 habe an diesen Zusammenkünften, die meist abends stattfanden, auch Polizeipräsident Richter teilgenommen. Es sei schließlich ganz unheimlich geworden, daß sich dieser starke Verkehr allmählich auch

auf die Familien ausdehnte, und es sei weiter, unvernünftig gewesen, daß er, Heilmann, bei diesem engen Verkehr natürlicherweise auch von den vielen Geschäften Barmais wußte.

Barmai habe mit ihm meist abends die abgeschlossenen Verträge auf die juristische Tragweite hin durchgesehen. Er, Heilmann, glaube, daß Barmai in den Jahren 1919 bis 1921 seine größten Geschäfte getätigt habe, wo er nicht selbst den Betrag las. Aus der Kenntnis dieser Geschäfte, Barmai wolle Heilmann feststellen, daß es in der Hauptstadt Lebensmittelgeschäfte waren, die seines Wissens nur mit Reichsmark und andern staatlichen Stellen abgeschlossen wurden. Ein großer Käufer war damals das Reich und gekauft wurde nur von der Reichsstelle. Die Reichsstelle gab einen Auftrag auf tausende viele Doppelpentner Schmalz oder Fett, und dieser Auftrag mußte von dem Manne, mit dem der Vertrag geschlossen war, auch ausgeführt werden. Von Gunglmanopolist für Barmai ist Heilmann nichts bekannt. Die Verträge seien durch das Reichswirtschaftsministerium gegangen, an dessen Spitze damals der Sozialdemokrat Robert Schmidt stand. Ein- oder zweimal sei Barmai mützlich von Schmidt empfangen worden, außerdem hätte er zwischen ihnen seines Wissens über kein Verkehr bestanden.

Heilmann kommt weiter auf die vielbesprochene Reise der drei Herren nach Amsterdam zu Julius Barmai zu sprechen. Anfang 1920 sei

im Rotterdamer Hafen ein Streik der Hafenarbeiter ausgebrochen, wodurch der Hafen für mehrere Wochen stillgelegt wurde. Bei Streikausbruch sei Julius Barmai nach Berlin gekommen und habe dem Reichswirtschaftsministerium angeboten, er wolle bewirken, daß die in Rotterdam liegenden Waren, die vom Deutschen Reich gekauft und bezahlt waren, von den Streikenden abtransportiert würden. Das Reichswirtschaftsministerium habe damals diesen Vorschlag abgelehnt. Als aber der Streik sich in die 5. Woche hingezogen habe, habe das Reichswirtschaftsministerium auf den Vorschlag Barmais zurückgegriffen und ihn ermächtigt, Verhandlungen über die Freigabe der Waren zu führen. Diese Verhandlungen seien dann in der Weise geführt worden, daß ein Vertreter der damaligen SPD, Abgeordneter Franz Krüger, ein Vertreter der damaligen NSDAP, Abgeordneter Wilhelm Koenen, und ein Vertreter des Deutschen Transportarbeiterverbandes, Vorsitzender Döring, nach Holland kamen, die bei dem kommissarischen Konsul in Rotterdam und freigewerkschaftlich organisierten holländischen Arbeiterverbänden mit dem Hinweis auf die gefährdete Ernährung des deutschen Volkes für die Freigabe des Transports vorstellig wurden. Dem wurde auch zugestimmt, und der Transport der Waren konnte erfolgen. Das sei, so erklärte Heilmann, die Reise des Abgeordneten Koenen gewesen, bei der es sich um die Erörterung der Koenen-Kredite handelte. Koenen habe selbst diese Reise dazu benutzt, um

von Barmai ein Darlehen von 8000 Mark zu bekommen.

Es ist die Frage aufgeworfen worden, so erklärte Heilmann, ob und in welcher Höhe Barmai an der „Dema“ beteiligt gewesen sei und warum gerade der Ausländer Barmai die Verleumdungen für die „Dema“ bekommen habe. Barmai hat nie mehr als das Geringste an die „Dema“ geliefert. Vielmehr waren seine Geschäftsverbindungen zu diesem Werke derartig, daß er, weil die Forderungen während der Inflation in Schwierigkeiten geriet, Rechnungen betragsmäßig in Devisen vorauslagte, die später zurückgezahlt werden sollten. Da die „Dema“ zur Rückzahlung nicht in der Lage war, wurde ein Ausweg dahin gewählt, daß die Werke eine Kapitalerhöhung vornehmen sollten, die Barmai übernehmen sollte. Barmai hat dann später seine Forderungen an die „Dema“ übertragen, jene „Reinigte Industrie-A.G.“, die alle Aktien der Gesellschaft des Deutschen Reiches unter einem Hute vereinigt. Barmai hat niemals mit Heresigkeit gehandelt.

Zur Frage der Beziehungen Barmais zur Staatsbank erklärt Heilmann zunächst, daß er bis vor einigen Wochen keinen Verkehr mit der Staatsbank persönlich gekannt habe. Mitte und Hellwig habe er gelegentlich bei Barmai kennengelernt. Seine ganze Beteiligung an dem Verhältnis Barmais zur Staatsbank beschränkte sich auf die bereits öfter erwähnte Empfehlung an den Finanzminister Dr. v. Ritter, daß er den neuen Staatsbankpräsidenten Schröder bitten sollte, er möge Herrn Julius Barmai bald nach seinem Amtsantritt empfangen.

Strefemann und der Spirit-Weber.

In übrigen gebe jeder Abgeordnete eine Anzahl von Empfehlungen ab, wobei natürlich zahlreiche Irrtümer vorkommen, denn man könne ja nie vorher wissen, wie der Empfänger sich in Zukunft verhalten werde. Es ist z. B. der Name Hermann Weber, der des sogenannten Spirit-Webers, genannt worden, von dem Barmai die Mehrheit der Aktien der Metallbank erworben habe. Barmai habe es abgelehnt, mit Weber zu verhandeln, weil er ihn nicht für einen einwandfreien Kaufmann gehalten habe. Hermann Weber habe sich damals durch einen Empfehlungsbrief des Reichsfinanzministers Dr. Strefemann empfangen. In dem Schreiben, das aus dem August 1923 datiert, heißt es:

„Sehr geehrter Herr Weber! Ihre freundliche Aufforderung, in den Aufsichtsrat einzutreten, werde ich gern annehmen, vorausgesetzt, daß ich bei der Neubildung der Regierung nicht in die Reichsregierung einträte, was mir natürlich die Tätigkeit im Aufsichtsrat unmöglich machen würde. Ich bleibe mit den besten Grüßen Ihr sehr ergebener.“

Kein vernünftiger Mensch könnte Strefemann aus dieser Empfehlung einen Vorwurf machen, denn er habe natürlich nicht vernünftig können, daß Weber in der wackeligen Zeit Schwindeln betreiben würde.

Heilmann erklärt weiter ausdrücklich, daß er aus seinen Aufschreibebüchern in den Barmai-Verbindungen

Heilmann erklärt weiter ausdrücklich, daß er aus seinen Aufschreibebüchern in den Barmai-Verbindungen

niemals einen Pfand erhalten habe. Auch seine sonstigen finanziellen Beziehungen zu Barmai hätten ihn keinerlei Entschuldigungen gebracht. Er habe lediglich baronische Beträge parafirmiert und die öfters ihm von Barmai gemachten Angebote stets abgewiesen. Heilmann zählt dann im einzelnen seine Entschuldigungen auf und kommt in diesem Zusammenhang auf einige Korrespondenzen, n. a. die „Politik-Parlamentarischen Nachrichten“, zu sprechen, die er in der Inflationszeit abgegeben habe, weil sie in der Hauptsache unrichtig waren.

Seine gegenwärtigen Entschuldigungen, außer den Abgangsbüchern, befinden sich in einem Schloß von 600 Mark monatlich, das er aus einer Stellung beim holländischen Dienst bezieht. Geschäftlich sei er bei Barmai zweimal tätig gewesen, wobei es sich um Einverständnisse gehandelt habe, die ihm aber auch nichts eingebracht hätten.

Mit ergebener Stimme erklärt er: „Ich kann heute, wie unter meinem Eide mit ruhigen Gemüthen behaupten, daß ich mit dem Barmai nicht mehr habe gehen lassen, als ich bei der Anfertigung für ihn gemacht habe. Es heißt nun, ich sei von Barmai durch gutes Essen und Trinken bestochen worden. So lächerlich es ist, darüber zu sprechen, mag ich sagen, daß

ein beschämendes Lebensführung als bei Barmai bei diesen Reuten überhaupt zu finden sein wird.

Über das parlamentarische Schloß in Schwarmbecker könne er nur sagen, daß es sich um ein einfaches Landhaus handle, das Barmai kaufen konnte, weil es für das Wohnvergnügen wegen seiner abgesessenen Lage nicht verkehrbar war.

Zur die Geschäftliche mit der Staatsbank angeht, so mache ich meine Entschuldigungen aus eigener Erfahrung und zwar nicht aus der Zeit vor dem Dezember 1924, sondern aus der jüngsten Zeit nach der Verhaftung. Zuerst wurde Kredit gegeben für das Dema-Schloß. Der Kredit wurde dann ausbezahlt an Bar-

mai und in eigenen Unternehmungen und zur weiteren Verleumdung. Es war der Staatsbank bekannt, daß Barmai den Kredit weitergebe. Ich habe die Angelegenheit gesprochen, die mitgeteilt haben und die sich auf freiem Fuße befinden. Die Direktoren der Metallbank, Scheffer und Diercksen, haben versichert, daß bis zum Juni 1924 Barmai, wenn der Kredit gekündigt worden wäre, ihn für die Metallbank zurückzahlen können. Das nötige Geld war vorhanden, die Rückzahlung binnen 24 Stunden auszuführen. In den Aufsichtsrat ist von diesen Krediten niemals die Rede gewesen, mit Ausnahme eines Falles, wo die Staatsbank wußte, daß der Kredit auf einzelne Gesellschaften umgelegt wurde. Es handelte sich damals um 1,3 Millionen Mark für die Metallbank. Ich habe gesagt, ob dieser Kredit in Ordnung sei, das ist alles, was ich von diesen Krediten gehört habe. Nach der Verhaftung bin ich mit den Krediten näher befaßt worden. Barmai hat mir eine Generalvollmacht ausgestellt für alle Geschäfte, die durch einen Vertreter vorgenommen werden können. Ich habe davon keinen Gebrauch gemacht. Jedermann muß so lange als anfänglicher Mensch behandelt werden, bis ihm das Gegenteil nachgewiesen wird. Ich freue mich, daß mir Gelegenheit gegeben wurde, vor der Öffentlichkeit zu beweisen, daß ich als anfänglicher Mensch behandelt habe.

Vorsitzender Dr. Leibig gibt noch ein Schreiben des Reichsfinanzministers bekannt, monach die Armeekorpsverfassung (Eggenberg) im Sommer 1922 an die Bremer Margarine-A.G. übergegangen ist, die später in die „Dema“ umgewandelt wurde. Bekanntlich wird, daß Zuschriften aus dem Publikum den Aufsichtsratsmitgliedern zur Kenntnis gebracht werden sollen.

Darauf wird die Wetterbernehmung Heilmanns auf Mittwoch vormittag 10 Uhr vertagt. Schluß 9 Uhr.

Sie treffen!

Wochenlang gehen die Nationalsozialisten mit dem Hinweis herum, daß sie „überwiegendes Material“ gegen Parlamentarier der Linksparteien besitzen, die im händigen Verleumdungen mit Barmai gestanden haben. Als der Abg. Graefe vor wenigen Tagen sich der gleichen Lüge von der Tribune des Reichstags herab bediente, wurde ihm wiederholt zugerufen: „Daraus mit dem Material! Aber bis heute hat die Öffentlichkeit von diesem Material nichts verspürt!“

Jetzt hat der Vorsitzende des Barmai-Ausschusses im Reichstag, Dr. Saenger, an die Nationalsozialistische Freiheitspartei ein Schreiben gerichtet, in dem er um die Übermittlung des Materials bittet, damit die Untersuchung ordnungsmäßig geführt werden kann. Was aber geschieht? Die Verleumder Ineiferer, sie lehnen es ab, ihr „Material“ auszuhandigen und verschaffen sich zur Begründung dieser Ablehnung hinter geradezu lächerliche Ausreden. Plötzlich betrachten sie den Barmai-Ausschuss als partiell, und deshalb wollen sie ihr „Material“ auch weiterhin lediglich der zuständigen Staatsanwaltschaft übergeben.

Den Verleumder in der Ludendorffpartei scheint ein kleiner Versuch untergegangen zu sein. Tatsächlich sind sie gar wohl im Besitz von „Material“. Vielleicht hatten sie gehofft, daß ihnen der völkische Staatsanwalt, der die Untersuchung leitet, dazu verhelfen würde. Hat er es abgelehnt, weil dieses Material zu dürftig war und sich eine Aktion nicht lohnte? Das Material der Linkspartei ist in Wirklichkeit das Material des Staatsanwalts. Würde es anders, dann hätten die Verleumder allen Grund, damit vor der Öffentlichkeit zu erscheinen. Ihre Agitationsbedürfnisse sind so groß, daß sie auch nicht mit dem geringsten Beweismittel zurückhalten würden, wenn sie irgendeine Beschuldigung gegen linksgerichtete Parlamentarier erheben könnten. Jedenfalls ist auch jetzt wieder einmal bewiesen, daß die Völkischen in erster Linie von der Verleumdung leben.

Der Strefemann-Skandal.

Der ungeheure Skandal, der in der Auszahlung von 645 Millionen Goldmark Entschädigung an die Ruhr-Großindustrie liegt, ohne die Öffentlichkeit oder auch nur den Reichstag zu unterrichten, hat die Empörung der Arbeiterklasse und weiter anderer Kreise hervorgerufen. Die freigewerkschaftlichen Spitzenorganisationen, der Allgemeine deutsche Gewerkschaftsbund und der Allgemeine freie Angestelltenbund haben an den Reichstag folgendes Protestschreiben gerichtet:

An den Deutschen Reichstag.

Die unterzeichneten Spitzenverbände der freien Arbeiter- und Angestelltenvereinigungen Deutschlands erheben gegen die von der Reichsregierung an die schwere und chemische Industrie von Rheinland-Westfalen bewilligte und zum größten Teil auch bereits ausgeführte Gesamtentschädigung von 715 Millionen Goldmark schärfsten Einspruch. Sie verurteilen die von der Regierung eingeschlagene Art des Vorgehens, die

Niederhöhe der bewilligten Summe

und den tödlichen Mangel jeder ausreichenden staatlichen Kontrolle. Ohne prinzipiell jede Reichsentschädigung für die durch die Ruhrbesetzung erwachsenen tatsächlichen Verluste abzuweisen, die selbstverständlich für alle Beteiligten nach gleichen Grundätzen zu erfolgen hätte, muß es von dem von schwerer Not bedrückten deutschen Volk als unerträglich empfunden werden, wenn Reichsmittel für noch dem politischen und wirtschaftlichen Einfluß einzelner Interessengruppen und ohne jede Rücksicht auf die soziale Lage, unter Aufzerrung aller rechtlichen Gesichtspunkte verteilt werden.

Während die Arbeiter, Angestellten und Beamten, die als Hauptträger des passiven Widerstandes neben materieller Art auch persönlich Verlust von Angehörigen, Ausweisung, Zerreißung ihres Familienlebens entgegen wählten, mit geringen

Bruchteilen ihrer Ansprüche abgefunden wurden, und teils heute noch an den bitteren Folgen des Ruhrkampfes zu leiden haben, wird der deutschen Großindustrie über den erlittenen Schaden hinaus eine Summe verabreicht, die 15 Prozent des gesamten Einnahmeverfalls des Reiches für 1924 ausmacht.

Das alles vollzieht sich in einer Zeit, in der das Reich seine sonstigen notwendigen Ausgaben auf ein Minimum herabzusetzen hat und für die gesamten sozialen Zwecke im neuen Etat nur eine Summe von 300 Millionen Goldmark zur Verfügung stellt. Die Empfänger der eigentlichen Ruhrkämpfer sind unter Hinweis auf die gesamten sozialen Zwecke nur zu einem kleinen Teil erpicht worden; die mittleren und kleineren geschädigten Unternehmungen sollen insgesamt mit 70 Millionen Mark abgefunden werden, während die Großindustrie ohne jede gesetzliche Grundlage bereits nicht weniger als

45 Millionen Goldmark erhalten hat

Die offizielle Erklärung der Reichsregierung, daß sich diese gemüßigte Auszahlung von Reichsgeldern auf einen Brief des Reichsministers Strefemann an Hugo Sinnes vom 13. November 1923 stützt, kann niemals als eine staatsrechtliche Grundlage für solche außerhalb des Staats liegenden Neuen ausgeben des Reiches anerkannt werden.

Dieser Brief ist nicht nur um so mehr zu verurteilen, als statt einer individuellen Kontrolle über die einzelnen Schuldenscheinungen in keinem Fall als Ersatz für die unterlassene Prüfung durch die Reichsorgane angesehen werden darf. Dabei ist die Frage aufzuwerfen, ob und inwieweit die nach Abschluß des passiven Widerstandes gestifteten Steuern (Kohlen-, Umsatz-, Körperschaft-, Steuern usw.) nachträglich entrichtet worden sind.

Durch die scharfe Anspannung der Steuerfurchen, vor allem durch hohe Verbrauchs- und Lohnsteuern und eine starke Belastung der Gewerbetreibenden ist im abgelaufenen Jahr ein Staatsüberschuß von 940 Millionen Goldmark erzielt worden, von dessen Gesamttrag jetzt über 75 Prozent den erwählten Industriellen ausgezahlt worden sind. Bei den Schiedsprüchen der Schlichtungsinstanzen war der Hinweis auf die von den Besetzern zu tragenden Miemannlasten entscheidend, um die Löhne niedrig zu halten, die Arbeitszeit zu verlängern. Die hohen wert über den Friedensniveau liegenden Kohlenpreise wurden der Öffentlichkeit damit mündgerecht gemacht, daß die Besetzer alle Lasten des Ruhrkampfes selbst zu tragen hätten. Tatsächlich sind jene

Nachnehmer doppelt entschädigt worden:

einstmal durch niedrige Löhne, hohe Preise und Steuererhöhung, zum andern durch die jetzt erfolgte Reichsentschädigung.

Eine Anfrage des Deutschen Bergarbeiterverbandes vom 17. Oktober vorigen Jahres ist jetzt nach vier Monaten beantwortet worden, eine Bestätigung dafür, daß diese Anwendung des Reiches an die Besetzer erst nachträglich bekannt werden sollte.

Diese Vorgänge haben, vornehmlich unter den Belegschaften der entschädigten Unternehmungen, Erbitterung und Empörung ausgelöst. Für die Arbeiter und Angestellten jener Werke bildete die Generalkündigung zum Zwecke des Lohndrucks und der Vereinfachung des Achtundzweigtags den Abschluß des passiven Widerstandes. Die Belegschaften der von der Micum beschlagnahmten Betriebe sind wieder Nacht und Gesetz nach Müdigkeit an die deutschen Besitzer von diesen in die Lohndruck entlassen worden; nur ein Teil wurde zu verächtlicheren Bedingungen wieder eingestellt, die Betriebsräte und Gewerkschaftsbeauftragten zum großen Teile gemordet. Das Reichsberufungsgericht hat ihnen keinen Schutz versagt und sie auf dem Weg verwiesen, ihre Ansprüche bei der Micum in Paris geltend zu machen! Etwa 7000 Arbeiter und Angestellte, darunter solche mit einer mehr als 30jährigen Dienstadt, sind allein auf diese Weise brotlos gemacht worden. Den erst von der Besetzung gezeichneten, dann von ihren deutschen Arbeitgebern auf die Straße geworfenen Angestellten und Arbeitern ist bisher

Keine Entschädigung vom Reich bewilligt

worden, während die Angehörigen ihrer Not aus Reichsgeldern eine unverdiente Bereicherung erfahren sollen.

Die Gewerkschaftsbünde erwarten von den Parteien des Reichstags eingehende Untersuchung dieser Vorgänge und unter Mitwirkung der Gewerkschaften eine Gesamtregelung, die der sozialen Gerechtigkeit entspricht.

1 Milliarde und 715 Millionen.

Die denationalisierte und volksparteiliche Presse ist kampfbereit bemüht, den Millionen-Skandal der Strefemann-Luther zu verkleinern. Besonders Emden glaubt sie — aber auch die Streikanten und Luther selbst — zu machen durch die Behauptung, die Entschädigung der Ruhrindustriellen sei im Einverständnis mit sozialdemokratischen Ministern beschlossen worden. Mit diesem Bluff glaubt man der sozialdemokratischen Presse den Mund stopfen zu können. Diese Behauptung der Öffentlichkeit wird nicht lange fortgesetzt werden können. Die Aufhebung der 715 Millionen ist von einem bürgerlichen Kabinett erfolgt, in dem die Sozialdemokraten nicht vertreten waren. Die Tatsache läßt sich nicht aus der Welt lügen.

Je eingehender aber die ganze Geschichte des Ruhrkampfes behandelt wird, um so mehr Ungeheuerlichkeiten treten zutage. Der 715-Millionen-Raub, der als Lohnrentenentschädigung zum größten Teile bereits in die Taschen der Ruhrindustrie geflossen ist, erscheint noch viel schmerzlicher, wenn man sich vergegenwärtigt, daß die Ruhrindustrie und vor allem der Bergbau bereits während des Ruhrkampfes einen Betrag in Höhe von rund einer Goldmilliarde für Materialabgeltung erhalten hat. Diese Tatsache ist bisher und auch jetzt bei der Debatte über die Ruhrrentenentschädigungen noch nicht mit genügendem Nachdruck der Öffentlichkeit mitgeteilt worden. Auch die Goldmilliarde hatte keine gesetzliche Grundlage und war einfach à fonds perdu gegeben worden. Mit dieser Summe hat der Bergbau seine Betriebe technisch wieder auf den Stand von 1914 gebracht. Das Geld ist auch vielfach zu Spekulationen verwendet worden. Damals, unter der Cuno-Regierung, betrachtete man bei den maßgebenden Stellen, z. B. dem Reichsarbeitsministerium, es als eine Selbstverständlichkeit, daß die Goldmilliarden in irgendeiner Form später in die Hand der Nation zu kommen müsse. Diese Auffassung wurde ganz besonders von den sozialdemokratischen Ministern in der Zeit der Großen Koalition vertreten und darum wohl hat die Deutsche Volkspartei die große Koalition geprägt. Statt dessen haben jetzt die Streikmänner in der Reichsregierung es fertiggebracht, dieser Goldmilliarde noch weitere 700 Millionen nachzuwerfen.

Wie es die Ruhrindustriellen verstanden haben, in die eigene Tasche zu arbeiten, darüber gibt eine Entschuldigungsbescheinigung des Gewerkschaftsvereins christlicher Bergarbeiter Auskunft. Er stellt der Vereinerung der Unternehmer durch den Bürgerblock die Benachteiligung der Arbeiter gegenüber. Die Entschädigung stellt jetzt, daß nach dem Abschluß der Micumverträge eine verstärkte Lohndruckerei im Bergbau einsetzte. Im Dezember 1923 diktierte der Bergarbeiterverband mit Hinweis auf die Micumlasten einen Lohnabbau.

Durch Schiedspruch vom 19. Dezember ist der gesamte Durchschnittslohn — der Schlichter berief sich auf die Micumlasten — um 12 vom Hundert gesenkt worden. Infolge der Micumverträge ermäßigte man gegen den Willen der Arbeitervertreter im Schiedspruch den Durchschnittslohn von 5,25 auf 4,62 Mark. Aber damit hatte der Lohndruck unter Berufung auf die Micumlasten nicht aufgehört. Am 1. Januar 1924 wurde ein neuer

Radiodienst der Volkstimme.

Gesang mit Volksbegleitung.

Paris, 4. Februar. In der Kammer wurde am Dienstagabend der Kredit von 3000 Franc für eine Verteilung von 100000 Exemplaren des Manifests mit 317 gegen 246 Stimmen angenommen.

Der Abtrittungstag, eine Rede des sozialistischen Abgeordneten Weill voraus, die zu heftigen Tumulten in der Kammer führte. Die Rede wurde durch das Singen der Marschlieder der Arbeiterbewegung unterbrochen. Die Sitzung wurde infolgedessen unterbrochen und erst nach der Pause veranlaßt Weill seine Rede zu Ende zu führen. Er wies auf den Widerstand hin, den ein Teil des französischen Gebietes dem Kontrakt unterworfen sei, während im übrigen Frankreich die Trennung zwischen Kirche und Staat durchgeführt sei. Diese Lage sei unhaltbar und müsse so bald als möglich beendet werden. Solange aber dieser Zustand bestehe, müßten auch seine Folgen getragen werden und aus diesem Grunde würden die Sozialdemokraten für den Kredit stimmen.

Es sei aber erforderlich, daß ein einheitlicher Zustand im ganzen Lande geschaffen werde. Die Verhörungen des Marschalls Joffre über die Aufrechterhaltung des Kontrakts, die er seinerzeit gemacht habe, könnten das Parlament nicht binden, das allein über die Geschicke des Landes zu entscheiden habe.

Die Reparationen im Budget.

Paris, 4. Februar. Der Finanzminister Clementel hat in dem Haushaltsplan für 1925 eine Milliarde Goldfranken als Einnahme aus den Reparationen eingelegt. Tatsächlich rechnet man jedoch mit weit höheren Einnahmen. Man nimmt einen Ueberschuß von 500 Millionen Goldfranken an.

Niederlage der Faschisten.

Rom, 4. Februar. Bei den Gemeindevahlen in dem bisher vollkommen faschistischen Orte Strabella in der Provinz Pavia siegte die antifaschistische Liste mit 1300 gegen 800 Stimmen.

Staatenblock des Ostens.

Danzig, 4. Februar. Im Laufe dieser Woche wird der tschechische Außenminister in Warschau eintreffen. Diesem Besuch kommt um so größere politische Bedeutung zu, als auch die polnischen Gesandten in Bukarest, Belgrad und Sofia in Warschau weilen und der polnische Gesandte in Prag ebenfalls nach Warschau beordert ist.

Polens Bestreben geht anscheinend dahin, unter seiner Führung einen osteuropäischen Staatenblock von der Ostsee bis zum Schwarzen Meere zu schaffen.

Lohnabbaue mit den Mitarbeitern begründet. Das Schiedsgericht klugte den Durchschnittslohn gegen die Stimmen der Arbeitgeber um weitere 9 vom Hundert und führte als Hauptgrund die Misere an. Der Durchschnittslohn wurde dadurch auf 420 Mark herabgesetzt. Über nicht nur der Lohn wurde gedrückt, auch die Verlängerung der Arbeitszeit im Steinkohlen-, Braunkohlen-, Erz- und Schieferbergbau sind in der Hauptsache mit der Annahme der Misere begründet worden.

Wie die Ausschüttung des Millionensegens gewirkt hat, darüber gibt der Börsenzeitung Auskunft. Am 20. Dezember wurden 645 Goldmillionen als Kupferabgabe hauptsächlich an die Montanindustrie des Ruhrgebietes ausgeschüttet bzw. verrednet. Das „Berliner Tageblatt“ veröffentlicht am Mittwoch morgen eine Tabelle, die zeigt, wie auf Grund dieser Unsummen Reichsentschädigung die Kurse der Montanpapiere in die Höhe geschossen sind. Am 22. Dezember standen die Hochmurguß auf 87,75, am 2. Februar auf 96,5, Essener Steinkohlen stiegen in derselben Zeit von 80 auf 98, Gelsenkirchen von 91 auf 100, Garpener von 125 auf 155, Hüh von 78,25 auf 104,5, Klöcker von 62,5 auf 69,25, Köln-Neuß von 78,5 auf 108,5, Rhönitz von 57,4 auf 69,8.

Zweifellos sind Ruhrzahlungen auch noch zu spekulativen Börsenmanövern ausgenutzt worden.

Wie lange wollen die Strejmann und Luther noch im Amte bleiben?

Die Präsidentschaftswahl im Preussischen Landtag.

Erst am Donnerstag wird sich der preussische Ministerpräsident Braun entscheiden, ob er die durch den Landtag erfolgte Wiederwahl annimmt oder nicht. Die Annahme dürfte im wesentlichen abhängen von der für Donnerstag angeetzten Fraktionsabstimmung der Volkspartei.

Da die Zentrumspartei für den Fall, daß Braun Ministerpräsident bleibt, auf das Landtagspräsidentenamt Anspruch erhebt, andererseits aber über die Frage, ob Braun tatsächlich die Regierung bildet, noch keine Klarheit besteht, beschloß der Ausschuss am Dienstag den 10. Februar vorzunehmen. Die endgültige Entscheidung, ob das möglich ist, liegt bei dem Plenum des Landtags. Nur wenn auch dort alle Parteien dem Beschluß des Ausschusses zur Zustimmung geben, ist die Verwirklichung der geschäftsordnungsmäßig am 5. Februar vorzunehmenden Wahl des Landtagspräsidenten statthaft.

Am Donnerstag nachmittag wird sich der Ausschuss in einer neuen Sitzung mit der eventuellen Neuwahl eines Ministerpräsidenten bzw. dem Tage der Abgabe einer Regierungserklärung beschäftigen.

Hoch der Zwölftendtag!

Die Deutschnationalen behaupten von sich, daß sie viel soziales Verständnis hätten. Wie das beschaffen ist, zeigt ein ihrer führenden Organe.

Die „Preussische Zeitung“ bringt nämlich am Mittwoch unter der Überschrift „Soziale Gefahren“ eine heftige Polemik gegen die Forderungen der Arbeiterklasse, sich den Zwölftendtag wieder zu erringen. Das deutschnationale Blatt gibt zunächst seiner Ungnugung darüber Ausdruck, daß die mehrheitliche Zwölftendtagentscheidung in den Fabriken und Hüttenbetrieben aufgehoben worden ist. Es wundert sich, daß die Unternehmer das so ruhig hingenommen haben und versucht sie auf, sich kräftig zu wehren, da sonst eine weitere Verkürzung der Arbeitszeit droht.

Auch gegen die Ratifizierung des Washingtoner Abkommens wendet sich die Zeitung der Rittersgutbesitzer. Unter dem Druck der internationalen Bindungen könne man sich eine solche Sozialpolitik in Deutschland nicht leisten.

Reichsamnestie.

Der Rechtsausschuß des Reichstags befahte sich am Dienstag mit den von den verschiedensten Parteien eingereichten Amnestiegesetzentwürfen. Von den Abgeordneten Stahl (D. Vp.) und Lohmann (D. Vp.) lag ein Antrag vor, der wegen der Unruhen in Bayern im Jahre 1919, wegen des Rapp-Bußches im Jahre 1920, wegen der Märzunruhen im Jahre 1921 und wegen der Vorgänge, die im Jahre 1923 im Zusammenhang mit der Inflation, der Lebensmittelmangel und den Kämpfen um die Lohn- und Preisgestaltung sich ereigneten, Amnestie gewähren wollte. Hierzu beantragten die Sozialdemokraten Rosenfeld, Landsberg und Gaenger die Ausdehnung auf die Vorgänge im Jahre 1924 und auf solche Unruhen, die mit dem Einbruch der Reichswehr in Thüringen und Sachsen, mit der Abwehr monarchistischer Bestrebungen und mit Kundgebungen für die republikanische Staatsform in Zusammenhang stehen, außerdem wegen der Verurteilungen, die wegen Landesverrats erfolgt sind.

Vor Eintritt in die Tagesordnung erfolgte ein konzentrischer Angriff der preussischen, bayerischen und württembergischen Regierungsbereiter gegen die rechtliche Zulässigkeit einer Reichsamnestie. Der neue Reichsjustizminister Freudenreich wies die Angriffe keineswegs zurück, erklärte vielmehr, daß die Frage der Zuständigkeit des Reiches unstritten sei und daß er sich mit den andern Reichsteilen in Rücksprache nehmen müsse. Rosenfeld (Soz.) trat diesem Versuch, eine Amnestie dadurch zu verhindern, daß man verfassungsmäßige Bedenken in den Vordergrund rücke, scharf entgegen. Er konnte auf die bisherige Praxis hinweisen, nach der das Reich wiederholt solche Amnestien beschlossen habe, und er stützte sich dabei besonders auf die früheren Erklärungen der Reichsregierung, die bisher immer noch sehr scharf die Zuständigkeit des Reiches für eine Amnestie betont hat. Bayern habe Schule gemacht. Bisher seien nur von Bayern solche Bedenken geltend gemacht worden. Ein Justizminister, der es mit dem Eid auf die Verfassung ernst nehme, müsse entscheiden für das durch die Verfassung gewährleistete Recht des Reiches, Amnestien zu beschließen, einzutreten.

Der Justizminister bedauerte, daß die Auffassung entstehen konnte, als würde er es in der Verteidigung der Reichsverfassung irgendwo, irgendwann, irgendwie fehlen lassen. Er werde seinen Schwur auf die Verfassung halten; er müsse sich aber angesichts des Widerspruches der verschiedenen Landesregierungen zunächst mit diesen auseinandersetzen.

Der Kommunist Koriß schloß sich den Ausführungen Landsbergs (Soz.) beizutreten die Debatte über die Kommissionsfrage als echt deutsch. Der Partikularismus sei aber am Werke, obwohl wir ihm schon die niederbrütendsten Erzeugnisse der letzten Jahre zu verdanken hätten. Die schweren Lebensbedingungen seien keine Schande für Deutschland. Aber das ein Teil der Sieger auf die Verletzung der Völkerrechte durch Deutsche spekulieren könne, das sei eine Schande. Das aber verdanken wir nur dem Partikularis-

mus, der die Bildung eines deutschen staatsbürgerlichen Bewußtseins hindere und jetzt einer Reichsamnestie Schwierigkeiten bereite.

Verschiedene Vertreter bürgerlicher Parteien verwiesen auf den Weg der Einzelregulierung und auf Landesamnestien. Auf den Wunsch verschiedener Redner erklärte sich der Justizminister bereit, eine Statistik über den Umfang der bisher gewährten Gnadenbeweise vorzulegen. Außerdem wolle er sich mit den Ländern in Verbindung setzen, um festzustellen, in welchem Umfang von den Ländern eine Amnestie erlassen werden solle.

Der Ausschuss vertagte sich auf Donnerstag.

Verkehrstragen im Haushaltsausschuß.

Im Haushaltsausschuß des Reichstags stand am Montag der Haushalt des Reichsverkehrsministeriums zur Beratung. Der Referent, Abg. Quack (D. Vp.) berichtete dabei eine besonders schlechte Kenntnis der Weimarer Verfassung. Er vertat die Ansicht, daß die durch die Reichsverfassung vorgesehene einheitliche Leitung der Binnenwasserstraßen durch das Reich im gewissen Sinne dem föderativen Grundcharakter des deutschen Staatswesens widerspreche, gab allerdings zu, daß die Entwicklung des modernen Verkehrsweßens gerecht werde.

Der neue Reichsverkehrsminister Krohne legte dann die Gründe dar, die nach Umwandlung der Reichsbahn in eine Gesellschaft maßgebend waren für die Beibehaltung des Reichsverkehrsministeriums. In erster Reihe sprachen außenpolitische Momente mit. Das Reich wolle dadurch vor aller Welt zum Ausdruck bringen, daß es den Anspruch auf die Eigenheiten nach Ablauf der Vertragsdauer für die Reichsbahn nicht aufgeben werde. Andererseits sei es notwendig, im Verkehrsministerium eine Organisation zu heben, die als einziges und wichtigstes Ziel die Förderung der deutschen Verkehrsinteressen zu verfolgen habe. Selbstverständlich dürfe dabei keine Rede davon sein, etwa die Reichsbahn durch Konfiskation reparationsunfähig zu machen. Aufgabe des Reichsverkehrsministeriums sei es aber, die großen Verkehrserschließungen auf dem Wasser, auf der Landstraße und in gewissem Grade auch schon in der Luft zu fördern und zu pflegen.

Abg. Gildemeister (D. Vp.) forderte entsprechend Artikel 197 der Reichsverfassung eine Reichsverwaltung für die Wasserstraßen, andererseits müßte das Reichsverkehrsministerium der Entstehung nonopolartiger Gebilde auf dem Gebiete der Transportversicherung, des Kraftfahr- und Lastwagenverkehrs usw. entgegenwirken.

Abg. Schumann (Soz.) verlangte eine einheitliche Verkehrspolitik für die Wasserstraßen im Reich und die Einheitlichkeit der Rechtsverhältnisse auf diesem Gebiete. Er wandte sich gegen eine von der Volkspartei beantragte veränderte Linienführung des Mittellandkanals, da dadurch nur eine Verzögerung auf Jahre hinaus entziffen könne. Alles müsse getan werden, um die den deutschen Luftverkehr drohenden Bestimmungen zu beseitigen.

Schließlich ritt noch der Vertreter der Bayerischen Volkspartei das bayerische Stedenrecht, die Berücksichtigung der „Hoheitsrechte“ der Länder auf dem Gebiete des Verkehrs.

Ein Sieg des Ausreißers.

Die Zivilkammer des Landgerichts Kottbus fällt am Dienstag in der Klagesache des preussischen Fiskus gegen den ehemaligen Kaiser Wilhelm II., die auf Herausgabe der Hohenzollernischen Güter im Kreise Lübben lautet, folgendes Urteil:

Der Antrag auf Verhängung der Angelegenheit wird abgelehnt, das Gericht entscheidet, daß dem preussischen Fiskus kein Anspruch auf die im Kreise Lübben gelegenen Rittergüter des ehemaligen Kaisers zusteht. Die Kosten trägt die klägerische Partei.

Bieder einmal hat also ein preussisches Gericht gegen den Freistaat Preußen zu unken der Hohenzollern entschieden und der Republik die Kosten auferbürdet. Dabei ist der Besitz der Hohenzollern denkbar umstritten, da sie es jeher freilich verstanden haben, jeden Unterschied zwischen Staats- und Hausbesitz zu verwischen. Bei der monarchischen Einstellung der überwiegenden Mehrzahl der Richter ist es nicht verwunderlich, daß in allen umstrittenen Fällen die Republik ins Hintertreffen kommt und die Monarchie siegt.

Der Ausreißer in Doorn wird bei solchen Urteilen schmunzeln und sich im Geiste schon wieder als Besitzer der Schlösser, Güter und Liegenschaften im Werte von 1200 Millionen Goldmark fühlen, um die er sein geliebtes Volk, falls die Eier der Hohenzollern nicht gestiftet wird, ebenfalls verklagen wird. Und er bekommt sie zugesprochen, wenn diese rein politische Frage in eine juristische umgebogen wird.

Bölkischer Klub der Harmlosen.

Die Voruntersuchung in dem gegen den bölkischen Führer v. Graefe wegen dessen Beteiligung am „Ludendorff-Sittler-Putsch“ eingeleiteten Hochverratsverfahren konnte bisher noch immer nicht zum Abschluß gebracht werden. Es steht noch eine Vernehmung aus, die mit Hilfe der deutschen Volkspartei in Angora vorgenommen werden soll. Es handelt sich dabei um einen ehemaligen preussischen Hauptmann, der kurz vor dem Putsch von Ludendorff als Kurier nach Norddeutschland entsandt wurde, angeblich um hier mit den Kreisen Fühlung zu nehmen, die nach der Auffassung des Generals v. Löffow für ein „Direktorium“ in Frage gekommen wären.

Nach seiner diesbezüglichen Unterredung mit Löffow, die im Münchner Prozeß eingehend erörtert wurde, hatte Ludendorff den Kurier mit zwei Schreibern zu Graefe und dem inzwischen verstorbenen Reichslandbundführer Rüdiger entsandt, doch leitete nur der erstere der Einladung Ludendorffs Folge. Graefe behauptet nun, daß dieser Brief der alleinige Anlaß für ihn gewesen sei, nach München zu reisen, wo er dann gerade in den Ingwischen von Hitler injizierten Putsch geraten sei.

Also Putschist aus Zufall. Harmlos wie Ludendorff am Morgen des Rapp-Putsches zum Brandenburger Tor, wo — rein zufällig — die Brigade Ehrhardt zur Austreibung der „Judenregierung“ an ihm vorbeimarschierte; ebenso harmlos fährt Graefe nach München, wo — wieder rein zufällig — gerade ein bißchen gepufft wird.

Der reine Klub der Harmlosen, diese bölkischen Führer. Aber ist es nicht jämmerlich: erst puffschen, und wenn es dann schief geht, so elend kniefen?

Der griechisch-türkische Konflikt.

Der griechische Premierminister erklärte anlässlich des türkisch-griechischen Streites, daß die griechische Regierung alle Anstrengungen machen werde, um eine friedliche Beilegung des Zwischenfalls mit der Türkei zu erreichen; aber Griechenland habe natürlich seine nationale Ehre zu verteidigen. Die Entscheidung über die nächsten Schritte der griechischen Regierung müßten von der Antwort abhängig gemacht werden, die die türkische Regierung auf die Protestnote erteilt.

Der griechische Kriegsminister, General Condylis, hat am Dienstag im Kabinetsrat seine Demission angedroht, wenn Griechenland nicht unter allen Umständen und mit allen Mitteln die Wiederherstellung des griechischen Patriarchen in Konstantinopel durchsetze. Mystaphis Kemal Pascha ist insolge der ersten Zusicherungen der griechisch-türkischen Beziehungen von seinem Urlaub sofort nach Angora zurückgekehrt.

Die französische Regierung vertritt, durch ihre Vermittlung eine Beilegung des griechisch-türkischen Konflikts zu erreichen. Der türkische Botschafter in Paris ist am Dienstag vom Leiter der türkischen Abteilung des Außenministeriums empfangen worden. Die Unterredung soll die Möglichkeit eines Kompromisses in dieser Angelegenheit zum Gegenstand gehabt haben. Die Beilegung des Konflikts erscheint um so schwieriger, als die Türkei den griechischen Vorschlag, die ganze Angelegenheit dem Haager Schiedsgericht zu unterbreiten, kategorisch abgelehnt haben sollen.

Notizen.

Der Arbeitsplan des Reichstags. Der Reichstag wird zunächst im Verlauf dieser Woche und auch in der nächsten Woche bis zum 20. Februar tagen. Dann tritt eine Pause vom 21. bis 25. Februar einschließend ein. Vom 26. Februar bis zum 12. März wird regelmäßig an jedem Wochentag eine Plenarsitzung abgehalten werden. Vom 13. bis 16. März einschließend folgt wieder eine Pause. Anschließend sind Plenarsitzungen vom 17. bis 26. März vorgesehen. Es folgt dann eine Pause bis zum 31. März einschließend. Die nächsten Tage, vom 1. bis 8. April sind wieder durch Plenarsitzungen ausgefüllt. Die Osterferien beginnen am 9. und dauern bis zum 18. April.

Der deutsch-französische Handelsvertrag. Der Vorsitzende der deutschen Handelsdelegation, Staatssekretär Freudenreich, ist am Dienstag vormittag wieder in Paris eingetroffen. Er hat im Laufe des Abends dem Handelsminister die Antwort der deutschen Regierung auf die französische Note vom 26. Januar überreicht.

Tscheka-Prozeß vor dem Staatsgerichtshof. Am 10. Februar beginnt vor dem Staatsgerichtshof in Leipzig der Tscheka-Prozeß gegen 16 führende Kommunisten. Er wird voraussichtlich 14 Tage dauern. Unter den Angeklagten befindet sich auch der Russe Skoblewitsch, der als Führer der deutschen Tscheka gilt. Hinter das Treiben der Tscheka kam die Polizei durch den Mord an dem Freiseur Kaufsch in Berlin, der den Kommunisten als Spion verdächtig geworden war, und von ihnen „erledigt“ wurde.

Krach im Hause Mussolini. Hier auf dem radikalen Flügel stehende faschistische Abgeordnete, darunter Torre, sind infolge inneren Parteizwistes aus der faschistischen Partei ausgegrenzt und haben eine eigene Fraktion gebildet. — Bei der Wahl der römischen Rechtsanwaltskammer siegte die nicht-faschistische Liste überlegen.

Depeschen.

Großfeuer. Hamburg, 4. Februar. Ein Kleinfeuer, das enorme Werte zerstörte, hat gestern Abend die Altonaer Futtermittelfabrik von Homelmann heimgesucht. Das Feuer entstand aus bisher unbekannter Ursache in der Häckselschneiderei der Strohpresse. Die mit allen verfügbaren Mannschaften erlöschene Feuerwehre stand einem Flammenmeer gegenüber. Zur Bekämpfung der immer neu auftauchenden Brandherde wurden 20 Rohrleitungen angelegt. Mit großem Geiße wurden in kurzen Zwischenräumen das Sachvermögen des Fabrikwerks zusammen, 20 Meter hohe Feuerzäune zum weithin sichtbaren Himmel ausstehend. Erst in später Abendstunde konnten die ersten Räumungsarbeiten in Angriff genommen werden.

Von einer Latrine verschüttet. Bra, 4. Februar. Nach Meldungen der „Tagespost“ wurden schon sechs Gager Stühler im Gohnd bei „Gohnd“ von einer Latrine verschüttet. Die Frau eines Obersten und der Obmann des Gager Fortendienstes wurden als Neben aboxaxen.

W W W W W

Weiße Weberei Waren Woche!

Vorteilhafte Kaufgelegenheit für Neuanschaffung u. Ergänzung!

Damen-Wäsche

Damenhemden	voll Schiel oder Trägerform, aus festem Wäschetuch, mit Stückerel	1.45
Damenhemden	viele schöne Ausführungen, volle Schiel oder Träger, entzückende Stückerel oder Spitzen	2.90
Beinkleider	aus festem Wäschetuch, mit Stückerel verziert	1.45
Beinkleider	vorzügliches Wäschetuch, mit schöner Stückerel und Einfas verziert, beste Verarbeitung	2.90
Untertailen	aus festem Stoffen, volle Schiel oder Träger, teils Jumperform, mit Hohlsaum oder Stückerel-Einfas	1.25
Untertailen	viele entzückende Ausführungen, aus feinstem Wäschebatist, mit Spitzen oder wunderschönen Handhochkanten	2.90
Beandrosen	aus guten Wäschestoffen, mit Spitze, Hohlsäumen oder feinen Stückereln	3.90
Gardinen	Semd und Beinkleid, aus guten Wäschestoffen, in schönsten Ausführungen	3.90
Nachthemden	moderne Formen, aus festem Stoffen, mit Stückereln verziert	3.45
Prinzebrücke	aus festem Wäschestoff, mit schönen Stückereln	2.75

Fertige Bettwäsche

Fertige Linenbezüge	mit 2 Kissen, in guter Qualität ohne Nacht	10.75
Fertige Damastbezüge	mit 2 Kissen, vorzügliche Qualitäten	16.75
Paradekissen	mit Stückerel-Einfas oder Sammeten verziert	3.20
Fertige Betttücher	prima Dowla 150x225	4.85
Fertige Betttücher	Reinleinen oder Halbseiden, vorzügliche Stoffe, 150x225	5.40
Beetlaken mit 1 Kissen	weiß gefärbt oder Sammeten, in vorzüglichen Stoffen	11.50
Frottier-Handtücher	in guten Qualitäten, weiß oder bunt	1.25
Frottier-Badelaken	Größe 100x100	2.90
Frottier-Badelaken	weiß oder bunt, Größe 100x100	4.50
Frottier-Badelaken	Größe 140x100, weiß oder bunt	8.50
Frottier-Badelaken	Größe 150x200, weiß oder bunt, vorz. Qualitäten	9.75

Baumwollwaren

Hemdentuch	gute süddeutsche Ware, für alle Wäschezwecke, ca. 80 cm breit	55
Hemdentuch	mittelfädige süddeutsche Qualität für bessere Leibwäsche, ca. 80 cm breit	68
Kretonne	schwere weßfädige starkfädige Ware für Herrenhemden, ca. 80 cm breit	85
Renforcé	feinfädige gute süddeutsche Ware für feine Leibwäsche, ca. 80 cm breit	85
Renforcé	feinfädige prima süddeutsche Qualität für elegante Leibwäsche, ca. 80 cm breit	1.05
Linen	(Reinleinen) für Bett- und Leibwäsche, ca. 80 cm breit	88
Linen	(Reinleinen) für Deckbettbezüge, ca. 130 cm breit	1.50
Gebleicht Kreas	für Kissenbezüge, ca. 80 cm breit	1.25
Gebleicht Kreas	für Deckbettbezüge, ca. 80 cm breit	2.10
Halbleinen	gute weßfädige Ware, ca. 150 cm breit, für Bettlaken	2.25
Gebleicht Dowlas	für Bett- u. Ueberziehlagaken, ca. 160cm br.	3.10
Jacquard-Tischtuch	gute halbleinene Qualität, 130x130	4.80
Jacquard-Tischtuch	gute halbleinene Qualität, 130x160	5.80
Jacquard-Tischtuch	prima Reinleinen, 130x150	6.80
Jacquard-Handtücher	gute halbleinene Qualität, 60x90	98
Gerstenkorn-Handtuch	gute Qualität, ca. 45 cm breit	69
Dreihandtuch	gute halbleinene Ware, ca. 45 cm breit	72
Gerstenkorn-Handtuch	gute halbleinene Ware, 45x100, gefärbt und gebändert	95
Jacquard-Handtuch	in schönen Mustern, 45x100, gefärbt und gebändert	1.05
Jacquard-Handtuch	Halbleinen, 45x100, gefärbt und gebändert	1.55
Jacquard-Handtuch	prima Reinleinen, 50x100, gefärbt und gebändert	1.60

Weiße Kleiderstoffe

Weiß Voilvoile	doppeltbreit	1.25
Weiß Crêpe marocain	doppeltbreit	2.95
Weiß Tupfenmull	Meter Markt 1.80 1.25	1.25
Weiß Popeline und Panama	für Sporthemden	1.35
Prima Madapolam- und Batiststickereien	Meter 85 35 38 25 18 14 bis	12
Stickerei-Hemdenmassen	in tabellojer Ausführung	68
Zwirnspitzen	mit passenden Einfäsen	10
Klöppelspitzen	mit passenden Einfäsen, ca. 3 1/2 cm breit	12
Bubikragen, Batis- und Ripswesten	in verschiedenen Formen	65
1 Posten angeschmutzte Damen-Kragen u. Westen	zum Auswischen	10

Gardinen

Gardinen	vom Stück, gute Qualitäten	50
Etamine	glatt, 150 cm breit	85
Etamine	farbirt, 150 cm breit, vorzügliche Qualität	95
Rollstoffe	glatt gemustert, 80 cm breit	85
Gardinen-Mull	verschiedene Tupfen, 115 und 125 cm breit	1.40
Künstler-Gardinen	enorm billig	3.25
Künstler-Gardinen	in Etamine, mit reichen Einfäsen	6.75
Halbstores	Englisch Still und Etamine, mit gewebten Einfäsen	2.25
Etamine-Halbstores	mit echten Filzeinfäsen	7.50
Bettdecken	über 2 Betten, reiche Musterportimente	8.00

Webereiwaren Br. Weg 58-60

Friedrich Gohn

Die Sozialdemokratie klagt an!

Die Reichstags-Sitzung am Dienstag begann mit einem Luftstoß der Kommunisten. Nergend darüber, daß die Sozialdemokratie den großen Skandal der Zahlung von 700 Millionen Goldmark an die Ruhrindustriellen aufgedeckt hat, brachten sie im Reichstag einen Antrag ein, noch in dieser Sitzung einen Untersuchungsausschuß einzusetzen und ferner die Regierungen Cuno, Stresemann, Marx und Luther vor einen Staatsgerichtshof zu zitieren. Diese Anträge hätte man noch hingehen lassen können, wenn nicht die Kommunisten auch diese Angelegenheit zur Freude der Rechtsparteien dazu benutzt hätten, die Sozialdemokratie verantwortlich zu machen für das, was rein bürgerliche Regierungen angeordnet haben.

Gerhard Müller antwortete den Kommunisten kurz, daß die Sozialdemokraten längst den Antrag auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses angekündigt haben und ihn stellen werden, sobald die Denkschrift der Regierung vorliegen wird. Der Kommunist hätte, wie Müller unter Heiterkeit des Hauses sagte, seine Rede ja gar nicht halten können, wenn nicht die Sozialdemokratie im Hauptausschuß den ganzen Skandal aufgedeckt hätte. Einen unfreiwilligen Witz leistete sich der kommunistische Redner Stöcker insofern, als er sagte, die Kommunisten würden ihren Antrag auf den Tisch des Hauses niederlegen und überlassen es den andern Parteien, diesen Antrag zu unterzeichnen. Niemals vorher hat eine Partei so um milde Gaben bei gegnerischen Parteien im Reichstag gebettelt. Da dem kommunistischen Antrage, die Angelegenheit noch auf die Tagesordnung der Dienstsitzung zu setzen, von rechts widersprochen wurde, konnte er nicht zur Erledigung gebracht werden.

Nach der Beratung kleiner Vorlagen wurde in die zweite Beratung des Haushalts des Reichsarbeitsministeriums eingetreten. Robert Dismann hielt eine wichtige Anklage-Rede gegen die dauernden Benutzungen des Hochkapitalismus, die deutsche Sozialpolitik mehr und mehr zu untergraben. Die Rede wurde zugleich eine Kampfanzeige gegen die Tendenzen im Reichsarbeitsministerium, die diesen kapitalistischen Einflüssen entgegenkommen. Eine Stunde lang häufte Dismann Material auf Material als Beweis für seine Behauptungen. Auch die Bewilligung der 700 Millionen an die Schwerindustrie

wurde von ihm scharf kritisiert. Er dürfte der Regierung und ihren Parteien gezeigt haben, mit welcher Gründlichkeit und Schärfe die Sozialdemokratie diese skandalöse Verschwendung von Steuereldern hinter dem Rücken des Parlaments vor aller Öffentlichkeit aufdecken wird. Mit besonderem Nachdruck und unter stürmischem Beifall der sozialdemokratischen Fraktion legte Dismann das Bekenntnis ab, daß wir unter allen Umständen an der Forderung des allgemeinen Achtstundentages festhalten werden. Insbesondere aber sei dringend notwendig, daß im Bergbau über Tage und im Braunkohlenbergbau die mörderische Zwölfstundenschicht abgebrochen und im Bergbau unter Tage die Arbeitszeit unter acht Stunden herabgesetzt werde. Kennzeichnend für die Situation war, daß die Kommunisten während dieser Rede Dismanns, die allein gegen den Kapitalismus und die bürgerliche Regierung gerichtet war, immer wieder versuchten, nicht nur zu füren, sondern

den Redner niederzubrüllen. In der weiteren Debatte sprach der deutsche nationale Gewerkschafter Koch, der in seiner Rede auch nicht ganz die Zustimmung selbst der deutschen Arbeiter über die jetzigen Verhältnisse verschweigen konnte, im übrigen aber so gut wie alles auf das Dawes-Gutachten abwälzte, freilich ohne hinzuzufügen, daß seine Partei die Annahme der Dawes-Gesetze erst ermöglicht hat und nun an ihrer Durchführung als Regierungspartei beteiligt ist. Einige bemerkenswerte Gedanken hatte die Rede Stegerwalds für das Zentrum. Er rang sich die Erklärung ab, daß vor dem Kriege der Achtstundentag in Deutschland ohne weiteres möglich gewesen wäre. In dem Verlaufe der Sitzung, daß damals er und die ganze Zentrumspartei

schärfste Gegner des Achtstundentags waren. Eine generelle Einführung des Achtstundentags hält Stegerwald jetzt nicht für möglich, aber auch er findet Worte des Einspruchs gegen die Zwölfstundenschicht in der rheinischen Braunkohlenindustrie. Schließlich meint er, daß die Arbeiterklasse mehr am Besitz und an der Verwaltung der Betriebe beteiligt werden müsse. Wie er das mit seinen Koalitionsgenossen von der äußersten Rechten durchführen will, wird sein Geheimnis bleiben.

Nach einer längeren fleißigen Zankrede des Volksparteilers Thiel, eines Führers des deutschnationalen Handlungsgewerkschaftsbundes, hielt noch ein Kommunist eine donnernde Rede, selbstverständlich weniger gegen die bürgerliche Regierung als gegen die Sozialdemokratie, die an allem schuld ist und nach kommunistischer Meinung an allem schuld bleiben wird, ob sie in der Regierung ist oder draußen, ob sie eine Regierung unterstützt oder ihr in schärfster Opposition gegenübertritt. Wovon sollte die mehr als überflüssige kommunistische Partei auch leben, wenn nicht von der Gehe gegen die Sozialdemokratie?

Sitzungsbericht.

Vor Eintritt in die Tagesordnung wird dem Geschäftsausschuß ein Antrag des preussischen Kultusministers übergeben auf Einleitung eines Disziplinarverfahrens gegen den deutschnationalen Professor v. Nechtach-Lorins.

In erster und zweiter Beratung wird zunächst das deutsch-schweizerische Abkommen vom 4. März 1924 ohne Debatte angenommen.

Abg. Stöcker (Komm.) beantragt dann außerhalb der Tagesordnung die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses anlässlich des 700-Millionen-Geschäftes der Reichsregierung an die Rhein- und Ruhr-Industriellen.

Abg. Müller (Franken, Soz.) erklärt, seine Freunde würden den kommunistischen Antrag nicht unterstützen. Sie würden selbst die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses beantragen, sobald die Regierung ihre Denkschrift vorgelegt hat.

Die sofortige Beratung der kommunistischen Anträge scheitert an dem Widerspruch aus dem Hause.

Dann beginnt die zweite Beratung des Stats mit dem Haushalt des Reichsarbeitsministeriums.

Abg. Koch (Soz.) erstattet den Ausschussbericht.

Abg. Dismann (Soz.): In die Spitze meiner Ausführungen stelle ich die Artikel 151, 157, 163 und 165 der Reichsverfassung, in der auf die Gewährleistung eines menschenwürdigen Daseins für die Arbeiter hingewiesen, wo gesagt wird, daß die Arbeitskraft des besonderen Schutzes des Reiches genieße und jeder Staatsbürger angemessene Arbeitsgelegenheit finden müsse. Die Reichsverfassung ist nunmehr seit über fünf Jahren in Kraft. Aber wir sehen, wie in den letzten Jahren ein zunehmender Sturm auf die Arbeitskraft unterkommen, das Arbeitsrecht immer mehr verkürzt wird, wie unzureichend die Unterstützungen der Erwerbslosen sind, so daß sie diesen nicht einmal die notwendige Existenz sichern.

Was ist für die Sozialunterstützungsempfänger überhaupt ausgegeben worden. Ich meine nicht die falschen Zahlen, die oft zur Irreführung der Öffentlichkeit angegeben werden, sondern die wirklichen Zahlen. Nach den Mitteilungen des Reichsarbeitsblattes sind pro Jahr 1616 Millionen Mark verausgabt worden. Man muß aber dabei bedenken, daß diese Beträge zur größeren Hälfte von Arbeitern selbst aufgebracht

wurden und den andern Teil hat das Unternehmertum nur scheinbar aufgesteuert. Es hat verstanden, durch vermehrte Ausbeutung seine Ausgaben dafür auf die Arbeiter abzumwälzen. Die Unternehmer sagen: Wir können keine höheren sozialen Lasten übernehmen, sonst würden wir die Substanz der Wirtschaft angehen. Ist es aber nicht das bringendste Erfordernis, daß die Substanz der menschlichen Arbeitskraft erhalten und vermehrt wird? (Sehr wahr! bei den Soz.) Darum verlangen wir die

ausreichende Unterstützung der Erwerbsbeschränkten und Invaliden sowie auch derjenigen Arbeiter, die ihr Leben lang ihre Pflicht erfüllt haben und heute erwerbslos geworden sind. Für die Sozialrentner, für die Invaliden, für die Kriegsoffer muß alles geschehen, damit ihnen eine menschenwürdige Existenz gesichert ist.

Dazu kommt die besondere Fürsorge für die Erwerbslosen, die arbeiten wollen, aber nicht arbeiten können. In besorgniserregender Weise steigt wieder der Umfang der Erwerbslosigkeit. In der ersten Januarhälfte ist die Zahl der Unterstützungsempfänger von 535 000 auf 588 000 gestiegen. In diesen Ziffern sind aber nur diejenigen Erwerbslosen enthalten, die Unterstützung beziehen. Ich frage das Reichsarbeitsministerium, ob es festgestellt hat, wie groß die Zahl derjenigen ist, die bei der Erwerbslosenunterstützung ausgefallen sind. Nimmt man noch die hinzu, dann werden ganz andre Ziffern herauskommen. Wenn wir die Erhöhung der Unterstützungssätze fordern, dann heißt es immer, es sei kein Geld da. Ich verweise darauf, daß der Gesamtetat des Reichsarbeitsministeriums von 481 Millionen herabgesetzt worden ist auf 323 Millionen. Es steht fest, daß ein Teil der Belastung, die das Reich bisher getragen hat, jetzt auf die Schultern der Arbeiter abgewälzt wird. Auf dem Verordnungswege wurde die Arbeitslosenversicherung gekürzt, zu der die Arbeiter und die Unternehmer je die Hälfte der Beiträge beisteuern sollen. In demselben Jahre, in dem 150 Millionen weniger eingezahlt werden für soziale Zwecke, sind an andre „Notleidende“

über 700 Millionen Mark verteilt worden. Ich denke an die Werkherrn aus dem Ruhrrevier. Diese Summen sind geflossen zu einer Zeit, in der das Reichsarbeitsministerium mit dabei geholfen hat, das soziale Unterstützungswesen abzubauen. Diese Unterstützungen sind an jene Industriellen geflossen, die den Arbeiter erklärt hatten, wenn sie in den Schacht, in die Werkstatt, in die Fabrik zurückkehren wollten, dann müßte die Arbeitszeit verlängert, der Lohn reduziert werden.

In der Tat hat, um nur einen Punkt herauszugreifen, die Schwerindustrie die bisherigen drei Schichten zu 8 Stunden besetzt und eine Doppelarbeit zu 12 Stunden eingeführt. Die Bergarbeiterlöhne sind gekürzt worden. Die Industriellen haben ihr Vorgehen dann als begründet mit den schweren Lasten des Wirtschaftskrisenjahres, die sie selbst zu tragen hätten. Hinter der Öffentlichkeit haben sich aber inzwischen ganz andre Dinge abgespielt. Die Wirtschaftslasten wurden berechnet mit 80 Millionen im Monat, das macht für 9 Monate etwas über 700 Millionen Mark aus. Die sozialen Unterstützungen sind nicht erhöht worden, aber zur selben Zeit hat man den Schwerindustriellen die Lasten aus den Wirtschaftskrisen bis auf den letzten Heller bezahlt. Ich frage das Reichsarbeitsministerium, wenn die Industriellen schadlos gehalten worden sind, wie stellt es sich denn zur

Rückvergütung der Schäden an die Arbeiter? Es handelt sich aber hier nicht allein um die Arbeiter, sondern auch um alle andern Geschädigten, die bisher nicht abgefunden worden sind. Wir erheben den schärfsten Protest dagegen, daß man immer und immer wieder die Stärksten bevorzugt, während die Schwachen nicht den notwendigen Schutz der Regierung erhalten. Gleichzeitig stelle ich fest, daß das

Subgetreht des Reichstags mit Füssen getreten worden ist, daß diese ungeheuren Ausgaben ohne Kontrolle und unter Missachtung des Mitbestimmungsrechts des Reichstags gezahlt wurden.

Ich habe aber noch eine zweite Frage an das Reichsarbeitsministerium. In das Ruhrgebiet sind während des Ruhrkampfes Riesensummen für Lohnsicherungen geflossen. Dem Reichsarbeitsministerium werden gewiß die Nachprüfungen durch Kontrollen des Reiches nicht unbekannt geblieben sein, bei denen festgestellt wurde, daß erhebliche Summen von einem Teile der Unternehmer mehr angefordert worden sind, als wirklich ausgegeben waren. Auch bei dieser Nachprüfung sind die zuständigen Vertretungen der Arbeitnehmer beiseitegeschoben worden.

Nun spricht man so viel von der produktiven Erwerbslosenfürsorge. Wenn das Reich dafür Ausgaben macht, dann müssen wir verlangen, daß die Arbeiter durch ihre Organisationen die notwendige Kontrolle darüber erhalten. Wir haben im Volkswirtschaftlichen Ausschusse oft genug verlangt, daß nicht allein Unterstützungen an die Erwerbslosen gezahlt werden, sondern daß Arbeit für sie geschaffen wird. Aber dann muß dafür gesorgt werden, daß die produktive Erwerbslosenfürsorge nicht zu einer

Liebesgabe für die Unternehmer wird. Wir verlangen, daß hierbei die zuständigen Vertretungen der Arbeiterorganisationen volles Mitbestimmungsrecht haben. (Beifall b. d. Soz.)

Die Sozialpolitik darf nicht für sich, sondern sie muß im Zusammenhang mit der gesamten Wirtschaftspolitik behandelt werden. Der Zustand muß aufhören, daß das Finanz- und das Wirtschaftsministerium, beeinflusst durch kapitalistische Interessen, auf das Reichsarbeitsministerium einwirken, sondern umgekehrt. Die notwendigen Mittel müssen herbeigeschafft und der notwendigen Bevölkerung zugeführt werden. (Sehr wahr! bei den Soz.) Ich erinnere an den Brief, den das Reichsfinanzministerium im Vorjahr an das Arbeitsministerium gerichtet hat, der sich gegen eine zu weitgehende Erhöhung der Löhne wandte. Dagegen legen wir auf schärfste Verwahrung ein. (Sehr wahr! bei den Soz.) Der Einfluß, der nicht nur direkt, sondern auch auf dem Umwege über das Reichswirtschaftsministerium zugunsten der Unternehmer ausgeübt wird, ist ohnehin schon stark genug.

Auf dem Gebiet der Lohnsicherung sowie des Schlichtungswesens haben wir besonders Klage zu führen. Wenn von den bürgerlichen Parteien gesagt wird, daß die Lohnbewegungen kein Ende nehmen, so müssen doch auch die Ursachen dafür untersucht werden und die Hauptursache zu den Lohnkämpfen sind die ununterbrochen sich folgenden Preissteigerungen. Was hat das Reichsarbeitsministerium gegen diese fortgesetzte Verteuerung der Lebenshaltung

getan? (Die Kommunisten haben sich um die Rednertribüne gescharrt und stören den Redner durch fortgesetzte lärmende Unterbrechungen.)

Präsident Lobe erjuht die Abgeordneten, ihre Plätze einzunehmen. Die Kommunisten folgen dieser Aufforderung nur zögernd, der Abgeordnete Barz muß erst zur Ordnung gerufen und auf die weiteren Folgen seines Benehmens aufmerksam gemacht werden, ehe er sich dazu bequemt, auf seinen Platz zurückzuführen. Dismann (fortfahrend): Wir haben erlebt, wie von den Unternehmern gegen die Zwangswirtschaft Sturm gelaufen worden ist. Nunmehr sehen wir, daß dieselben Kreise jetzt auf dem besten Wege sind, um eine neue

Zwangswirtschaft für ihre eigenen Interessen aufzurichten, die für die Bevölkerung unerträgliche Folgen haben muß. (Sehr wahr! bei den Soz.) Ich erinnere an die Bestrebungen zur Errichtung eines europäischen Eisenartells, das eine so rücksichtslose Preisdiktatur ausüben wird, daß eine weitere erhebliche Verteuerung der Lebenshaltung die notwendige Folge sein muß. Auch bei den Verhandlungen über den deutsch-französischen Handelsvertrag arbeiten dieselben Kreise, die Schwerindustrie drückt der Regierung die Feder in die Hand, und so werden diese Verhandlungen in Wirklichkeit nicht von der Regierung, sondern von der Schwerindustrie geführt. (Sehr wahr! bei den Soz.) Die Fische werden die breiten Netze zu zahlen haben.

Da die Kommunisten fortwährenden Lärm machen, ruft ihnen Abg. Dismann zu: Ich habe auf Ihre Zwischenrufe bisher nicht geantwortet und denke es auch weiter nicht zu tun, weil die Interessen der Arbeiterklasse höher stehen als Ihr Parteiskandal. (Lärm bei den Komm.) Dismann (fortfahrend): Wir verlangen von dieser Stelle aus, daß endlich die wirklichen Vertreter der Wirtschaft an den Verhandlungen über die Handelsverträge Anteil nehmen, es ist Pflicht der Regierung, die

Gewerkschaftsvertreter hinzuzuziehen, nicht aber ihnen hinterher höchst unvollkommene Informationen zu geben.

Ich frage jetzt das Reichsarbeitsministerium, ob es richtig ist, daß die Schlichtungsstellen im letzten Jahre dahin informiert worden sind, daß man bei der Gewährung von Lohn- und Gehaltszulagen Zurückhaltung üben müsse, damit nicht die Währung gefährdet werde. Es wäre doch besser gewesen, eine Mahnung dieser Art nach der andern Seite zu richten. Dem Sturmlauf der Unternehmer gegen den Achtstundentag muß endlich ein Ziel gesetzt werden. Erst in den letzten Tagen haben wir endlich eine Verordnung bekommen, wonach zum 1. April 1925 für die Arbeiter in den Koffereien und an den Hochöfen das Dreischichtensystem wieder eingeführt werden soll. Das ist aber erst ein kümmerliches Ergebnis. Wir erwarten die

Erweiterung des Achtstundentags auch auf alle andern Arbeiter, die des erhöhten Arbeitsschutzes bedürftig sind. Darüber hinaus verlangen wir den gesetzlichen Achtstundentag für alle Hand- und Kopfarbeiter in Stadt und Land und wir werden diese Forderung nicht nur stellen, sondern mit aller Kraft für ihre Erfüllung eintreten. (Lebh. Beifall bei den Soz.)

Für alle Arbeiter in den Bergwerken und in den chemischen Industrien, die gesundheitlich unter besonders ungünstigen Arbeitsbedingungen zu schaffen haben, muß die Arbeitszeit unter acht Stunden herabgesetzt werden. Das ist eine Forderung, für deren Erfüllung wir kämpfen werden im Interesse des Familienlebens, der Erhaltung der Arbeitskraft und der menschlichen Kultur. (Lebhafte Beifall.)

Meine Fraktion hat einen Antrag eingebracht, der die Ratifizierung des Washingtoner Abkommens über den Achtstundentag verlangt. Wir legen schärfste Verwahrung dagegen ein, daß durch Vorbehalte und Ausnahmen, wie sie die Regierung dabei schaffen will, nur scheinbar der Achtstundentag wiederhergestellt wird. Wir werden schärfsten Kampf dagegen führen. Wie weit sind denn endlich die Vorbereitungen für die Ratifizierung des Washingtoner Abkommens gediehen? Wann wird die Regierung eine Vorlage darüber dem Reichstag unterbreiten? Wenn das nicht bald geschieht, dann bleibt nichts andres übrig, als das Volk zur Entscheidung darüber aufzurufen.

Ich fasse zusammen: Die Forderung nach der gesetzlichen Sicherung des Achtstundentags wird von uns nachdrücklich vertreten werden, bis sie durchgesetzt ist. Mit dem Achtstundentag verbunden werden muß ausreichende Hilfe für alle Unterstützungsbedürftigen, der notwendige Schutz der Arbeitskraft, die Gleichberechtigung der Arbeitnehmer. Wir mahnen die Regierung an die Pflicht, die sie gerade hierbei zu erfüllen hat. Wir werden inner- und außerhalb des Parlaments nichts unversucht lassen, um die berechtigten Interessen der arbeitenden Bevölkerung mit dem notwendigen Nachdruck zu vertreten. Die Gewerkschaften erwarten wieder, ununterbrochen strömen der Sozialdemokratie neue Massen zu. Wir werden ihnen auch an dieser Stelle den notwendigen Respekt sichern. Wir nehmen den Kampf für die Interessen der wertvollen Bevölkerung auf und werden ihn bis zum endgültigen Siege weiterführen. (Lebhafte Beifall.)

Abg. Koch (Düsseldorf, dt.-natl.): Mit den wirtschafts- und sozialpolitischen Experimenten der letzten fünf Jahre ist kein Segen gesiehet worden. (Lärm b. d. Komm.) Sie (zu den Kommunisten) sind meist noch viel zu jung in der Arbeiterbewegung. Die nachrevolutionären Großmäuler sind nicht die besten Arbeitervertreter. (Beifall.)

Abg. Stegerwald (Ztr.) verlangt: Aufbesserungen der Invalidenrenten und der Sätze der Erwerbslosenfürsorge. Unter

Mitwirkung des Zentrums sei der Aufschub Antrag zustande gekommen, der eine Beteiligung des Reiches an der Auslieferung von Renten der Invalidenversicherung nach näherer Bestimmung des Reichsarbeitsministers verlangt. Der großen Notlage der Kurzarbeiter und Ausgelassenen müsse endlich abgeholfen werden. (Beifall.) Mit dem schenke m a t i s c h e n Schlüssentag habe man das Kind mit dem Bad ausgeschnitten. Für eine gesetzliche Regelung der Arbeitszeit sei der Augenblick wenig geeignet. Besser wäre eine Vereinbarung zwischen den Gewerkschaften und Arbeitgebern. Die Löhne der qualifizierten Arbeiter sind im Verhältnis zu den Gehältern der unter Beamten sehr gesunken. Hier ist ein Ausgleich notwendig. Die Schäden des Aufreibrucks sind den Arbeitgebern ganz oder zum größten Teile vom Reich ersetzt worden, die Arbeiter und Angestellten haben jedoch nichts bekommen. Wir fordern die gleichberechtigte Vertretung der Arbeitnehmer in allen wirtschaftlichen Körperchaften, in denen die Unternehmer vertreten sind.

Hg. Schuy (Nomm.) richtet heftige Angriffe gegen die Sozialdemokraten, die den Schlüssentag preisgegeben und durch ihre Zustimmung zum Dawes-Plan die deutsche Arbeiterchaft dem internationalen Großkapital ausgeliefert haben.

Hierauf erfolgt Vertagung der Beratung auf Mittwoch den 4. Februar, nachmittags 3 Uhr. — Schluß 18 Uhr. —

Hintertreppenpolitik.

Die Beweisangebote, die im Verleumdungsprozeß Muer am Schluß der Freitagssitzung ein deutscher Anwalt im Namen der Beklagten Winter und Klämpfer stellte, unterbreiten wir hiermit unsern Lesern zur eignen Beurteilung. Sie lauten:

Ich beantrage die wiederholte Vernehmung der Frau Dohle (der rechtl. Schwägerin Muer's); sie soll bezeugen:

1. Daß der Privatkläger sofort nach seiner Rückkehr aus Roubaix sich bei der Firma Bachmann in der Müllerstraße einen neuen Kassenstuhl gekauft hat, daß dieser Kassenstuhl noch in die alte Wohnung in Sendling (Daisersstraße) geliefert wurde, und daß gerade diese Anschaffung in Sendling ein allgemeines Gerücht verursacht hat.
2. Daß der Privatkläger kurz nach seiner Rückkehr aus Roubaix ein Schlafzimmer neubauspaziert für die ältere Tochter Sophie gekauft hat, das ca. 600 Mark gekostet hat; diese Einrichtung wurde in dem fünften Zimmer untergebracht, das der Privatkläger zur Vergrößerung seiner eignen Wohnung von der Nachbarpartei gemietet hatte.
3. Daß der Privatkläger nach seinem Umzug in die Ruzbaumstraße jeder Tochter einen Stuhl gekauft hat in Eiche, nicht sehr groß, aber immerhin sehr nett.
4. Daß der Privatkläger nach seinem Umzug in die Ruzbaumstraße eine Salontischplatte in schwarzem Ebenholz mit rotem Tisch gekauft hat, bestehend aus zwei Hauptteilen, einem Tisch, einem großen Konsolspiegel, einem kleinen Bierkränzen, wie Territo, einem Tisch und zwei Stühlen; daß der Privatkläger hierzu einen Boden Teppich, und zwar mit Hilfe der Zeugin Dummer, gekauft hat, der nach Aussage der Ehefrau des Beklagten etwa 60 Mark gekostet hat.
5. Daß der Privatkläger in dieses Zimmer ein großes Selbstbild in schönem Goldrahmen gekauft hat; Tanzende Mädchen oder Sommer darstellend.
6. Daß der Privatkläger in den Erker seines Wohnzimmers einen schönen Lederstuhl gekauft hat (eine Art Klubstuhl).
7. Daß der Privatkläger in sein Arbeitszimmer eine Schreibmaschine und einen Bücherstempel gekauft hat.
8. Daß der Privatkläger ein Teeservice aus Nickel und matt der früher benutzten blechernen Epföbel solche aus Silber und verziertes bessere Geschirr gekauft hat.
9. Daß die silbernen Geschirrfächer zum allermindesten 16 Mark per Stück gekostet haben.
10. Daß die Tochter des Privatklägers sich im Herbst nach der Rückkehr des Klägers aus Roubaix in Unkenntnis der Frau Dummer bei Hoch am Rindermarkt drei Pelzgarnituren um je 150 Mark gekauft haben, eine in Maske und zwei in amerikanischem Doppelm.
11. Daß der Privatkläger auch nach seiner Rückkehr aus Roubaix von Händlern mindestens zweimal französische Stoffe gekauft bekommen hat, aus denen die Zeugin im Frühommer 1918 zwei Kostüme und einen Mantel für die Frau des Privatklägers anfertigen mußte; also jedesmal 81/2 Meter Stoff.
12. Daß die jüngste Tochter des Privatklägers wegen des Mantels, der aus dem Stoff, den der Privatkläger selbst aus dem Hause gekleidet hat, angefertigt worden war, in Niederheiten von französischen Gefangenen angefaßt wurde, da diese den Mantelstoff als französisch erkannten und deshalb mit Fingern auf die Tochter des Privatklägers zeigten, und daß der Privatkläger deshalb diesen Mantel in Dunkelblau umfarben ließ,

13. Daß die Zeugin die Ehefrau des Privatklägers gebeten hat, sie möchte ihr doch auch einmal einen Stoff besorgen lassen, wenn er so billig sei, daß sie aber dann die Antwort bekam, „es gebe keinen mehr“.

14. Daß die Ehefrau des Privatklägers im Februar 1919 kurze Zeit vor der Ermordung Cäsars gelegentlich der Anprobe eines neuen Kleides der Zeugin über ihren Mann klagte: „Wenn der Erhard nur einmal seine Politik aufgeben wolle, ich werde noch ganz verrückt damit; denken Sie nur, jetzt will er sich gar 500 Matrosen kommen lassen“.

15. Daß der Privatkläger seine Putzerin, die ihm früher die Zimmer gereinigt hat, in die Datschentränke gebracht hat; daß er ein anderes Mädchen, das dazu nicht einmal besonders ehrlich war, in den Magistral gebracht hat.

16. Daß die Zeugin all das, was sie bei Gericht als Zeugin beschwören mußte, schon vor etwa 2 Jahren einem hiesigen Polizeibeamten mitgeteilt hat, der sich dafür interessiert.

Diese „Beweisangebote“ sind bezeichnend für den Münchner Prozeß, der nichts als ekkligten Klatsch gegen Muer vorzubringen weiß. Ein Leppich für 60 Mark, verüllerte Löffel, ein Schlafzimmer für die Tochter, einen „netten“ Schreibtisch für jede Tochter, das ist doch unerhört. Sogar ein Chaiselongue für sein Arbeitszimmer hat sich dieser gemeine Mensch gekauft, man denke nur, und auch noch einen Gelddruck mit Goldrahmen — das klingt beinahe wie Delgemälde. Ist das nicht richtige sozialdemokratische Unberücksichtigung, sich seine Wohnung ein klein wenig behaglich einzurichten zu wollen? Der ganze Prozeß ist bezeichnend für den Hintertreppen- und Klatschgeist der kommunistischen und hakenkreuzlerischen „politischen“ Feinde der Sozialdemokratie. —

Wirtschaftliche BARRIKADEN.

Eine Entscheidung des alliierten Vorkriegsrechts aus den letzten Tagen ist für die deutsche Wirtschaft von allergrößter Bedeutung. Es handelt sich kurz um folgendes:

Die argentinische Regierung hatte für ihre Torpedoboots die Lieferung von neuen Dampfmaschinen ausgeführt. In enger Konkurrenz standen englische und deutsche Firmen. Die argentinische Regierung entschied sich schließlich, den Auftrag der Firma Krupp in Essen zu übertragen. Das Kruppische Angebot hatte den Vorteil, daß es billiger war als das englische und daß es auch insofern der argentinischen Regierung besser schien, weil schon die bisherigen alten Dampfmaschinen der Torpedoboots aus der Kruppischen Fabrik stammten.

Der enttäuschte unterlegene englische Mitbewerber um diesen Auftrag der argentinischen Regierung stellte sich nun hinter die englische Regierung und verlangte, daß diese im Vorkriegsrecht eine Entscheidung bewirke, daß der Firma Krupp die Herstellung dieser Dampfmaschinen auf Grund des Friedensvertrages verboten wird. Der Vorkriegsrecht beschränkt das auch. Der einzige Paragraph des Pariser Vertrags, auf den ein solches Verbot begründet werden kann, ist der Artikel 170, der in seinem zweiten Absatz sagt, daß für Deutschland „die Herstellung und die Ausfuhr von Waffen, Munitions- und Kriegsmaterial irgendwelcher Art nach fremden Ländern“ streng verboten ist. Wenn die Entente wirklich und ernsthaft diesen Paragraphen so auslegen will, daß er eine ausreichende Strafgabe gegen die Lieferung deutscher Dampfmaschinen ist, dann muß er wie ein Strich wirken, mit dem die deutsche

Wirtschaft willfürlich erbrochelt werden kann.

Wenn der Dampfmaschine für ein Kriegsfahrzeug Kriegsmaterial ist, dann ist das auch der eiserne Träger und jede Art von Walzwerkezeugnis, die zu irgendwelchem Kriegsmaterial verarbeitet werden können, dann ist das der Nagel, die Schraube, die Niete, der Uniformknopf, der Lederverriem, der Schuh, der Woll- oder Baumwollfaden, der Strumpf, das Hemd, die Jacke, der Jutis, dann sind das auch die Lebensmittel und selbst die Kohlen und andere Rohstoffe, weil alle diese Gegenstände natürlich nicht nur für die Zivilbevölkerung und friedlich wirtschaftliche Zwecke, sondern auch für militärische Zwecke benutzt werden können. Streng genommen könnte die Entente dann an der Hand des deutschen Zolltarifs jede Position als zum Kriegsmaterial gehörig bezeichnen und die Ausfuhr und Einfuhr und die Herstellung solcher Artikel verbieten. Das ist natürlich kompletter Konsum.

Der Paragraph 170 des Friedensvertrages ist unter vernünftigen Leuten nicht anders zu verstehen, als daß er ein Instrument zur Sicherung gegen eine in Deutschland entstehende Kriegsfahrt für andere Länder ist. Im ersten Absatz wird die Einfuhr von Waffen, Munition und Kriegsmaterial nach Deutschland verboten und der zweite Absatz soll verhindern, daß Deutschland seine ausgeübte Kriegsindustrie einwickelt, die

zunächst der Belieferung anderer Länder dient, aber im Notfall sofort auch als Instrument zur raschesten Ausrüstung Deutschlands benutzt werden könnte. Wenn Deutschland fertige Torpedoboots in größerer Anzahl für fremde Mächte herstellen würde, dann wäre es möglich, daß im Ausland, allerdings nur bei sehr ängstlichen Gemütern, die Sorge entstehen könnte, daß Deutschland Einrichtungen für schnelle Kriegsschiffsbau hat. Das aber auch diese Sorge lächerlich wäre, braucht man im Hinblick auf die überwältigenden See- und Luftflotten der anderen Mächte kaum betonen. Aber Deutschland soll ja für Argentinien nur einige Dampfmaschinen liefern.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß nach diesem Beschluß der Friedensvertrag ein geeignetes Mittel ist, jeden Kaufmann und jeden Industriellen auf dem Weltmarkt davor zu schützen, daß der deutsche Konkurrent ihm erfolgreich entgegentritt.

Die Entscheidung des Vorkriegsrechts beweist jedenfalls, daß der Friedensvertrag von bestimmten Reisen als ein Mittel betrachtet wird, der deutschen Wirtschaft unmöglich zu machen, ihre verlorenen Absatzmärkte wiederzugewinnen. Jeder englische Gosenkopf-Fabrikant kann morgen mit der Begründung, daß Gosenköpfe an Militärhöfen angebracht werden können und demnach „Kriegsmaterial irgendwelcher Art“ sind, vom Vorkriegsrecht verlangen, daß der deutsche Gosenkopf-Fabrikant verboten wird, Gosenköpfe in fremden Ländern abzusetzen.

In dieser Angelegenheit ist nienando so sehr interessiert als die deutsche Arbeiterschaft Deutschlands, die ein Industrieland und kann seine Bevölkerung nur ernähren, wenn es sich auf den Weltmarkt frei bewegen kann. Die Arbeitslosigkeit in Deutschland kann nur dann vermindert werden, wenn es gelingt, in viel stärkerem Maße als heute deutsche Industriewaren nach fremden Ländern auszuführen. Eine Drosselung der deutschen Wirtschaft auf dem Weltmarkt bedeutet Drosselung der deutschen Industrie und bedeutet

Abkürzung der Arbeitsmöglichkeit in Deutschland. Darüber hinaus bedeutet es aber eine Verletzung des Geistes des Dawes-Kommens, das uns zu Reparationsleistungen verpflichtet und gleichzeitig betont, daß diese Leistungen auf die Dauer nur vom deutschen Ausfuhrüberschuß aufgebracht werden können.

Der Beschluß der Vorkriegsrechtskonferenz ist der schwerste Schlag, der gegen das deutsche Wirtschaftsleben überhaupt geführt werden kann, weil er einen Präzedenzfall schafft, der der erste Schritt zu einer Blockade gegen die deutsche Industrieausfuhr sein kann.

Die deutsche Arbeiterschaft muß verlangen, daß die Regierung sofort alles tut, um den Beschluß des Vorkriegsrechts rückgängig zu machen. —

Der Prinz als Schlosser.

Ein neuer Streit, in dessen Mittelpunkt die Urenkelin des Kaisers Franz Joseph stehen, verursacht große Aufregung in Wien und ganz Österreich. Während die andern Habsburger sich in Oesterreich aufhalten, um gegen die Republik zu wühlen, lebt bei Wien in stiller Abgeschiedenheit eine ehemalige Habsburgerin, die Enkelin des Kaisers Franz Joseph, die Tochter des Kronprinzen Rudolf, Elisabeth, die mit dem ungarischen Fürsten Windischgrätz verheiratet war, seit vielen Jahren aber von ihm geschieden ist.

Schon vor einigen Jahren machte der Fürst den Versuch, die Kinder, die gerüchlich der Frau zugesprochen sind, ihr zu entziehen. Damals haben die Arbeiter von Schönau, wo Elisabeth Windischgrätz, wie sie sich heute nennt, mit ihren Kindern lebt, der Frau die Kinder gerettet, indem sie sich gegen eine gewalttätige Entführung zur Wehr setzten.

Inzwischen hat die ehemalige Habsburgerin die österreichische Staatsbürgerchaft erwarben und lebt als einfache Bürgerin in Schönau und Wien. Ihre vier Kinder läßt sie als einfache Bürgerkinder erziehen. Der älteste, Franz Josef, besucht eine landwirtschaftliche Anstalt, der zweite eine Kunstakademie und der dritte, namens Rudolf, ist seit einiger Zeit Lehrling in einer Automobilwerkstätte. Das war dem Vater-Fürsten in Ungarn hoch zujubel, sein fürstlicher Sproß einfacher Arbeiter in einer Werkstatt. Also wandte er sich mit einer Beschwerde an das Vormundschaftsgericht, das diesem Uebelstand abhelfen soll. Auf die Entscheidung des Gerichts darf man sehr gespannt sein. — (Fortsetzung des redaktionellen Teiles nächste Seite.)

Die größten Feinde der Menschheit sind die Erreger der Infektionskrankheiten, die Bakillen und Koffen. Ein wirksamer Schutz gegen diese ohne Nitrolyop unsicheren Lebensweise ist eine gute reichliche Ernährung, die genügend Fett enthält, denn ein gesunder, richtig ernährter Körper bietet der Krankheitserreger keine Angriffsmöglichkeiten. In der Feinförmigkeit „Schwan im Blaubaum“ wird Ihnen das für die Ernährung unentbehrliche Fett in idealer Form zu einem erstaunlich billigen Preise geboten.

Kleines Feuilleton.

Der junge Fredericus.

Die Konstantiner haben sich neuerdings an Friedrich den Großen erinnert, um mit ihm Alliance für das Haus Hohenzollern zu machen. Mit auffälliger Eifer haben sich gleich drei Dramatiker der Jugendgeschichte des Königs bemächtigt, um die „Kronprinzenregende“ daraus zu machen, und der Film ist natürlich auch auf den Weg getreten. Sie sind aber alle damit gescheitert, denn die Regal hatte an der entscheidenden Stelle ein Loch; der Kronprinz hat seinen letzten Grund, der ihm bei der Krönung helfen sollte, preisgegeben und ist der jungen Kaiser zu Krönung gekommen: die braune Gewalt, der Konstantiner Reich Siegen. Ohne es zu wollen, machen die Konstantiner aus dem Kaiser den Heiden, der Sohn geht was herrlichen Anlaufe in Jammerschiffen unter.

Die Jugendgeschichte Friedrichs des Großen an Wilhelmine von Baiern ist, die der Verlag von A. H. S. Köhler in Leipzig herausgegeben hat, nach dem Bild der Kaiserin. Der Gegenstand zu dem Württembergischen Kaiserin. Die Kaiserin, und beide haben in einem Familienleben, das die Hölle auf Erden gereinigt sein muß und alles andere als „königlich“ zu nennen ist. Die Mutter der beiden, die Königin Sophie Dorothea, eine Weska, wollte sie zu einer englischen Prinzessin heiraten, während Friedrich Wilhelm I. seit 1735 an den Kaiserlichen Hof in Wien gebracht war und aus diesem Grunde nicht von einer Verlobung seiner Kinder nach England wissen wollte. Diese Kaiserin waren durchaus nicht platonischer Natur: die königliche Familie bezog aus Wien Schatzgelder, ja der Kronprinz ließ sich sogar, was seiner Engländerinlichkeit, von laienhaften Hofdamen seine Schürzen waschen. Die Kaiserin, die ihre Kinder schon in jüdischen Mütter auf den politischen Weltbühnen drückte und in die schändlichen Verhältnisse mit hinein, mußte ebenfalls seine vortheilhafte Figur. Ihren Innungen ist es zu danken, daß der Kronprinz im August 1760 seinen herrlichen Jünglingsversuch mit Kaiserin machte: das hat nach England, wo er sich, einem jüdischen gezeigten Verlobungsgeld, mit einer holländischen Prinzessin verloben wollte, was mit der Kaiserin zu verloben. Über bekanntlich wurde der Kaiserin verlobt, hatte geküßt. Friedrich in die jüdischen Verlobung, aber schon nach wenigen Monaten begab er sich auf der Seide- und Romantikerin in Ägypten in die Verlobungsgelände eingeweiht.

Und keine nur drei Jahre diese Kaiserin Wilhelmine, die er er ist nach auf gar verstanden hat, dachte er

mit seinem Jünglingsversuch in schwere Bedrängnis. Die Mutter hatte sie mit ihren jüngeren Geschwistern als Wittwe für den verheirateten Friedrich dem von seiner laienhaften Reize zurückgewanderten Vater entgegengeschickt. Als sie sich ihm zu nähern wagt, schlug ihr der Hofling ins Gesicht. Die Geschwister, die unter einem Tisch geflüchtet waren, wurden nur durch das besetzte Dazwischenstehen der Oberhofmeisterin vor dem Stode des Vaters gerettet. Konstantiner wurde die Prinzessin, die außerdem noch von einer jüdischen Lungenerkrankung befallen wurde, im Berliner Schloss in Haft gehalten, bloß auf den Verdacht der Verlobung und eines Verhältnisses mit Kette hin. Im Mai 1761 wurde ihr der König Generale und Minister mit der Einführung, sie habe den Erbprinzen Friedrich von Ansbach-Bayreuth zu heiraten, trotzdem sie dem Vater unter Tränen ihre fürchterliche Abneigung gegen alles, was Ehe heißt, geäußert hatte. Die Deputation drohte im Falle der Ablehnung mit der Festung Spandau, „weil Seine königliche Majestät absolut verzeret sein wollten“. Wilhelmine unterzeichnete mit Kummer im Herzen das Eheverprechen.

Konstantiner gemeldet wurde ihr Bruder zur Ehe gepreßt. Am 6. März 1732, zwei Wochen, nachdem er kürzlich endgültig verlobt hatte, heiratete Friedrich an Wilhelmine.

Im nächsten Monat findet meine Verlobung statt, in der gleichen Weise wie Deine. Die Person ist weder schön noch hübsch, nicht ohne Geist, aber sehr schlecht erzogen, kleinwüchsig und ohne Lebensart. Das ist das unheimlichste Bild dieser Kaiserin. Darum, liebstes Schwester, laßst Du ertrinken, ob sie nach meinem Geschmack ist oder nicht.

Die Prinzessin Elisabeth von Braunschweig-Verden war so wenig „nach dem Geschmack“ Friedrichs, daß schon in den nächsten Jahren Friedrich Wilhelm I. auf ihren Braunschweiger Ehepartner als ein der Kronprinzen zur Verlobung seiner ehelichen Pflichten enthalten mußte. Kaiser war Friedrich König geworden, so bestimmt er seine Gattin auf das schändlichste Bild dieser Kaiserin, wo sie ihm bei ihm in einer Art von Gefangenschaft lebte, während er sich in Potsdam und Sanssouci unbeschäftigt an den Lügengängen mit Männern hielt. Friedrich Wilhelm I. hat ihn dagegen beschimpft und geprügelt, weil er ihn als „Sodomiter“ bezeichnete — als er hinter seine königliche Verlobung gekommen war. Seine Schwägerin, die langweilige Barberine und seine Leibeliebste, die in der Kaiserin Ranez und Kuppis, in die er nach seiner blühigen Begründung als Kaiser verlobt worden war, werden von seiner Gattin, auch in der Entscheidung zu dieser Verlobung, gemeinsam herbeigeführt, um von diesem unheimlichen jüdischen Laiehand abzuwenden. Als Kronprinz mag

Friedrich selber Wert darauf gelegt haben, normal heran zu erwachsen, und aus den Denkmalen seines Schwiegervaters weigerte sich, auch nur das Notwendigste heranzurufen, und die Kosten für die Reize nach Berlin, wobei Friedrich Wilhelm I. seine Tochter eingeladen hatte, mußten von diesem aufgebracht werden. Kaum in Berlin angelangt, bekam sie die Bosartigkeit des Vaters zu spüren, der sie und ihren Gatten mit beleidigenden Anspielungen auf ihre heftigste Reizung überschüttete. Ein Darlehen von 2000 Talern, um das sie ihn bat, schlug der alte Gehalts runde weg ab. Der Kronprinz half aus eignen Mitteln aus und pumpte schließlich, als das nicht reichte, den Wiener Hof an. Die ständigen Quälereien und Demütigungen, denen das junge Paar ausgesetzt wurde, waren nacheinander beide aufs Krankenbett. Wilhelmine in ihr ganzes Leben hindurch sehr anfällig geblichen: „Ich gewöhne mich allmählich an Kranksein wie an tägliche Brot“, schrieb sie. Auch auf Friedrichs Gesundheit waren die Aufregungen mit dem jüdischen Vieh von Vater von schlimmer Wirkung. Noch ein Jahr vor Friedrich Wilhelms Tode, als er die Heiligkeit der dritteln Spötereien des Königs und der Fräulein seine „Jornes“ war, überließen ihm schwere Kränkungen, von denen er sich lange nicht erholen konnte. Die ging die Tränke so weit, wie es jetzt in jeder Hinsicht der Fall war. Sicherlich haben die Soliman, Feodorowitsch — er meint Ivan den Schrecklichen — und Caligula nicht zu sagen, daß ihr Geschlecht ausströbt: es bleiben ihrer noch genug übrig“, schrieb der Kronprinz mit Bezug auf seinen Vater.

Aber auch das jüdische Freundschaftsverhältnis mit der Kaiserin wurde, lediglich aus politischen Gründen, sehr gestört. Schon 1742 begann die Spannung, und 1744 war der offene Bruch zwischen den Geschwistern da, weil der Kaiser Friedrich und seine Gattin das Ansehen des Königs von Preußen, ihre Differenzen zu leiten — was, so hat an der öster-

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, den 4. Februar 1925.

Die Aufgespießten.

Die „Magdeburgische Zeitung“ ist aufgesprungen und hat einen wilden Leitartikel gegen die „Volksstimme“ von sich gegeben, der als Ueberchrift das Wort trägt: „Unverschämtheit!“

Wir haben festgestellt, daß sie Vorkommnisse, die nicht in ihrem politischen Stram passen, einfach verschweigt, dagegen alle „Skandale“, die bei einiger Geschicklichkeit und in irgendeiner Form mit Sozialdemokraten in Beziehung gebracht werden können, in größter Aufmachung bringt.

Die „Magdeburgische Zeitung“ will also die Sozialdemokratie mit reinigen helfen. Sie schreibt nicht von „Korruption“, das Wort wird bei ihr auch höchst unangenehme Erinnerungen wecken.

Die „Magdeburgische Zeitung“, die in einem solch gebrechlichen Glashaus sitzt, hat alle Ursache, nicht mit Steinen zu schleudern. Alle ihre Bemühungen bringen außerdem auch die Leserschaft nicht aus der Welt, daß ihre Berichterstattung mit Ehrlichkeit und Objektivität nicht das geringste zu tun hat.

Es fühlte sich auch noch eine andre Zeitung aufgespießt: der „General-Anzeiger“. Dieser olle Vursche, der den Imperialismus nicht und deshalb glaubt, er werde nicht gesehen, wenn er hinterläßt auf die Sozialdemokratie losschlägt, beteuert mit drohlicher Ehrbarkeit seine Unschuld.

Natig, daß ein Rutscher in Halle verhaftet wurde, stand im „General-Anzeiger“, aber an die politische Seite, das innige Verhältnis der Sprittumperei zum alorreichen „Stahlhelm“, wurde mit keinem Buchstaben erinnert.

Die „Tageszeitung“, die wir auch mit feinstnageltem, hat noch nicht einmal den Atem gefunden, zu zappeln und zu schimpfen. Sie zieht den Kopf ein und stellt sich blind und taub.

Sozialdemokratische Partei

Achtung, Elternbeiräte! Die zum Donnerstag mit der Arbeiterwohlfahrt angelegte gemeinschaftliche Sitzung findet nicht statt.

Gastwirte gegen den Reichsbannertag.

In der Regel wird angenommen, daß Gastwirtschaften Verkehrseinrichtungen sind. Ihre Besitzer oder Pächter sind deshalb — so möglich weiter angenommen werden — lebhaft interessiert an der Hebung des Verkehrs und begrüßen es, wenn Fremde in großer Zahl ihre Stadt besuchen.

Am 22. Februar findet in Magdeburg der Bundestag des Reichsbanners statt. Wir haben wiederholt darauf hingewiesen, daß nach den Meldungen, die aus allen Teilen des Reiches einlaufen, eine Beteiligung zu erwarten ist, wie sie noch bei keinem Feste zu verzeichnen war.

Nun werden ja, dessen sind wir sicher, die Gastwirte in ihrer Mehrheit den Anruf nicht mitmachen. Schließlich haben sie doch nicht die Aufgabe, sich ihr eigenes Geschäft zu verderben. Die treibende Kraft bei der Hege gegen das Reichsbanner soll übrigens eine sehr üble Kenegeantenfigur sein, die sich zu rächen sucht.

Das „krante“ Schulkind.

Jeder Schularzt, der über reiche Erfahrung verfügt, hört von den Kindern oder von deren Angehörigen fast regelmäßig bei den schulärztlichen Untersuchungen die gleichen Klagen: Kopfschmerzen, Leibschmerzen, Appetitlosigkeit, Erbrechen, Müdigkeit, Schwindel und Schwindel, Neigung zu Erstickung.

diese Kinder mit andern vergleicht, so findet man fast stets, daß die Klagen bei ihnen sehr leicht und im nächsten Augenblick wieder ablassen. Auch Strophose, d. h. Tuberkulose ist selten die Ursache der geflagten Beschwerden.

Auch eine bei Leiden mit Schilddrüsenvergrößerung nicht selten vorkommende Einseitigkeit der Augen ist nicht allzu selten mit Kopfschmerzen verbunden. Dieses Leiden ist jedoch glücklicherweise günstig zu beeinflussen.

Keineswegs sollen diese Kinder dem Turunterricht gänzlich ferngehalten; geeignetes gymnastisches Turnen wirkt vielfach außerordentlich günstig. Appetitlose Kinder müssen in der Frühe rechtzeitig aufstehen, um in Ruhe ihr Frühstück genießen zu können; abwechslungsreiche gemischte Kost, keine Süßigkeiten zwischen den Mahlzeiten ist das Beste.

Bei Schwindel- und Schwindelanfällen kommen unter Umständen Medikamente in Frage, die der Arzt gegebenenfalls verschreiben wird, wie es sich überhaupt empfiehlt, derartige Kinder dem Arzte zuzuführen; erstens damit er die Ursache der Beschwerden harstellt und zweitens, damit die vielfach recht langwierige Heilung der Kinder in die Wege geleitet wird.

Die Migama-Ausstellung im Hallenbau.

Das wird geschrieben: Nach den uns bis heute vorliegende Meldung verspricht die unter dem Namen „Migama“ bekanntgewordene Mitteldeutsche Ausstellung für Gastwirtschaften, Hotelindustrie und Kochkunst, die vom 14. bis 20. März in der Halle Land und Stadt, Magdeburg, Wilhelm-Robert-Strasse, stattfinden, zu einer wirklich vollen Kundgebung für die Bedeutung und Weltweite der Mitteldeutschen Gastwirtschaften und seiner ihm nahe stehenden Industrie zu werden.

Alle Voraussetzungen sind erfüllt, die die Blagfrage nur sehr schwer gelöst werden können, da der Aufwand zur Migama außerordentlich groß ist. Während ursprünglich nur an die Finanzverwaltung der eigentlichen Halle gedacht wurde, sind heute auch die noch nachträglich hinzugezogenen Stallgebäude zum größten Teil bereits wieder vergeben.

Wie groß das Interesse ist, das der Migama entgegengebracht wird, erhellt auch schon daraus, daß große Verbände während der Ausstellung in Magdeburg eine Tagung abzuhalten gedenken. Das gilt z. B. von dem Verband der Hotelinhaber und verwandter Betriebe der Provinz Sachsen und des Freistaats Anhalt und ebenso von dem Reichsverband der Deutschen Spirituosen-Industrie.

Der Bürge.

Roman von G. S. Hall Caine.

(73. Fortsetzung.)

Katholik verboten

Als alles bereit war, blies er die Kerze aus und führte Sunlocks zum Ausgang. Greeba wartete schon dort mit dem kleinen Michael, der in der Salinge an ihrer Brust saß.

„Siehst du, wie schön er ist?“ flüsterte er, „und bis zum Morgenrauchen sind noch zwei Stunden. Gib dieser guten Frau Deine Hand und was auch geschehen möge, laß sie nie, nie los.“

„Leb wohl!“ sagte er mit Greeba, und zog an Michael Sunlocks' Hand.

„Leb wohl! Leb wohl!“ sagte Jaxon. „Geh nun!“

Jaxon stand eine Stunde lang an der offenen Tür und lauschte. Er hörte die Fußstapfen verhallen. Er vernahm das Knirschen des haufälligen Landungszuges.

„Sie sind in Sicherheit“, dachte Jaxon, ging ins Haus zurück, nahm das Schaffell vom Fenster weg und zündete die Kerze wieder an. In Sunlocks' Schrank fand er Papier, Feder und Siegel und setzte sich zum Schreiben hin.

„Was für auch hören werdet, seid meinethwegen unbesorgt. Ich bin entflohen und in Sicherheit. Aber erwartet nicht, mich je wiederzusehen.“

wiederzusehen. Ich kann nie wieder mit euch zusammentreffen; denn ich darf nicht gesehen werden. Kehrt zurück auf euer schönes Eiland. Für mich aber ist der einzige Ort das liebe, alte Island.

„Gott segne sie beide!“ sagte er laut, unfähig den Flug seiner Gedanken noch länger zu ertragen. Er legte Papier und Feder in den Schrank zurück. Dabei stieß er auf eine Flasche Branntwein.

„Gott segne sie beide!“ sagte er laut, unfähig den Flug seiner Gedanken noch länger zu ertragen. Er legte Papier und Feder in den Schrank zurück. Dabei stieß er auf eine Flasche Branntwein.

„Gott segne sie beide!“ sagte er laut, unfähig den Flug seiner Gedanken noch länger zu ertragen. Er legte Papier und Feder in den Schrank zurück. Dabei stieß er auf eine Flasche Branntwein.

„Gott segne sie beide!“ sagte er laut, unfähig den Flug seiner Gedanken noch länger zu ertragen. Er legte Papier und Feder in den Schrank zurück. Dabei stieß er auf eine Flasche Branntwein.

„Gott sei mir gnädig! Was gibts? Wer ist hier?“

„Wer hier ist? Ei, Euer Bürge — Euer Bürge und der Schlüssel — der Schlüssel!“ rief Jaxon laut lachend.

„Gott sei mir gnädig! Was gibts? Wer ist hier?“

„Wer hier ist? Ei, Euer Bürge — Euer Bürge und der Schlüssel — der Schlüssel!“ rief Jaxon laut lachend.

„Gott sei mir gnädig! Was gibts? Wer ist hier?“

„Wer hier ist? Ei, Euer Bürge — Euer Bürge und der Schlüssel — der Schlüssel!“ rief Jaxon laut lachend.

„Gott sei mir gnädig! Was gibts? Wer ist hier?“

(Schluß folgt.)

Der Apfelsinen-Markt.

Die südlichen Länder haben die Tore ihrer Vorratskammern geöffnet. Ein gewaltiger Strom von Südsüchteln überflutet den deutschen Markt. Auf dem Wochenmarkt am Mittwoch lagen auf Wagen und Tischen ganze Berge von Apfelsinen und in lossem Durcheinander hielten die Hände der Käufer: „20 Stück 1 Mark“. Hier die zuckersüßen Nierenapfelsinen direkt, ohne Zwischenhändler eingeführt. Nur 50 Pfennig 10 Stück dieser wunderbaren Apfelsinen. Vor Otto-Guerik: Demmal waren betraute mehr Händler als Käufer und sicher mehr dieser saftigen Äpfel wie Magdeburg Einwohner hat. Auch auf allen andern Plätzen des Marktes traten die gewöhnlichen Äpfel in den Hintergrund gegenüber den stets schmackhaften Apfelsinen. Dazu kamen noch ganze Berge von Zitronen, Feigen, Nektarinen und Bananen. So daß man — hätte nicht das ungemeine nächste Wetter so etwas verübelt — sich in den von der Natur gegebenen Gütern verlustig denken konnte.

Es gab natürlich auch Butter, Eier, Kohl, Mehlreinerger und Federlitz wie immer auf dem Markte, doch diese Sachen laßt man nur, wenn man sie braucht, während man sich vor dem Apfelsinenkauf nur retten konnte, wenn — kein Geld in der Tasche war. Die Zahl der Leute mit leeren Taschen wird allerdings nicht gering sein; denn jeden Tag ergreift sich ein breiter Strom arbeitsloser Mitmenschen über den Markt durch die Rabobitzstraße.

Überall Kapitalkrämer. Hier Ueberfluß, größte Anstrengung, ihn loszuwerden, daneben Bäcker und Mütter, deren Kinder dahintrinken aus Mangel an gesunder Nahrung.

Wichtige Versammlung für Elternbeiträge. Für Elternbeiträge der weltlichen Schulen und der Lyze Schullehrer und Fortschritt findet am Donnerstag den 5. Februar im Wohlfahrtssaal, Neuer Weg 2, eine äußerst wichtige Versammlung statt, zu welcher keiner fehlen darf. Es wird dort eine Ansprache über Angelegenheiten erfolgen, welches im Interesse sämtlicher Elternbeiträge ist und von jedem gehört werden muß. Also sehr nicht müßig und geht dorthin.

Sozialdemokratische Partei. Mittwacht Nord. In einer gut besuchten Versammlung sprach Genosse Steinke über Sozialdemokratie. Unter der roten Rathauswehrt, die seit und zielflar das Interesse der Allgemeinheit vertrat. ließ sich schöpferische, voranschauende und darum positive Arbeit leisten. Das ist seit der Wahl am 4. Mai 1924 die neben der Parteifraktion auch die kommunikativen Vertreter ins Rathaus brachte, erschwerte. Es hat sich aber gezeigt, daß die sozialdemokratische Fraktion, trotzdem sie in der Minderheit ist, doch die Führung im Stadtparlament hat. Die Sozialdemokraten tun im Stadtparlament alles, um das Elend der Gewerkslosen, Wohnungssuchenden und aller Bedrückten zu mindern. Neue Arbeitsmöglichkeiten werden erschlossen. In der kommenden Winterperiode sollen 800 neue Wohnungen gebaut werden. Au das häufige ungenutzte Mejerat schloß sich eine lebhafteste Debatte.

Arbeitsgemeinschaft für das graphische Gewerbe. Am Freitag den 6. d. M., abends 7 Uhr, findet in der Aula der Kunstgewerbeschule, Brandenburger Straße 9, ein Lichtbildvortrag des Herrn E. v. Welck über „Die Enttarnung der Landschaftsmaler“ statt. Gänge herzlich willkommen. Die Aula ist geheizt. Pünktliches Erscheinen erwünscht.

Die Auslieferung von Rifen für Italienreisende. Der Anstaltliche Pressedirektor schreibt: In letzter Zeit häufen sich wieder die Fälle, daß preussische Staatsangehörige mit in Belgien ausgegebenen Rifen bei dem italienischen Konsulat in Mailand vorstellig werden, um die Einreisefreiheit nach Italien zu erlangen. Der italienische Konsul lehnt grundsätzlich die Ausstellung eines Rifen ab, die in Berlin oder dem östlichen Teil Preussens ausgegeben sind, mit der Begründung, Bestimmungen gemäß nur zur Visierung von in Bayern ausgegebenen Rifen zuständig zu sein. Da erfahrungsgemäß der Reiseverkehr nach Italien Mitte Februar einigepengen pflegt, liegt es im Interesse des reisenden Publikums, darauf zu achten, daß jeder Reisepaß bei der zuständigen ausländischen Vertretung visiert wird, und daß vor allem in München für Reisende aus Berlin diese Möglichkeit besteht, die Einreisegenehmigung für Italien zu erhalten.

Magdeburg als Angereicherter. Die häßliche Preßetelle mit: „Magdeburg der Wandlungs-Handwerker-Ausstellung, die in der Zeit vom 15. Juli bis 9. August veranstaltet wird, wird in Magdeburg der 5. mitteldeutsche Handwerkerkongress vom 25. bis 27. Juli stattfinden. Die Vorbereitungen für die Ausstellung, wie auch für den Handwerkerkongress sind im vollen Gange.“

Kellerbrand. In einem Katakomben-Klosterbergstraße 6 war am Dienstag mittag auf nicht erwartete Weise eine Kiste, ein Haß und der Latzenverlöcher in Brand geraten. Von dem kurz vor 12 Uhr eintreffenden Löschzug 4 (Stadtk) konnte das Feuer mit einer Schlauchlinie schnell gelöscht werden.

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold.

Freiwillige Helfer. Donnerstag den 5. Februar, abends 8 Uhr, Versammlung bei Saemann.
Segensfeier. Donnerstag den 5. Februar, Versammlung im „Eisgarten“.

Theater, Konzerte, Vorträge etc.

Proletarische Freienter. Donnerstag den 5. Februar, abends 8 Uhr, bei Hauptfeld Monatsversammlung. Vortrag des Gen. Seiffert. Gäste willkommen.

Aus der Gewerkschaftsbewegung.

Die Eisenbahner fordern Verhandlungen.
In geschlossener Front haben am Dienstag die gesamten Eisenbahnerorganisationen beschloßen, mit der Reichsbahn-Gesellschaft sofort in Lohn- und Gehaltsverhandlungen einzutreten. In den Verhandlungen der Reichsbahn wurde ein Schreiben gefordert, in dem die Organisationen betonen, daß sie umgehend Verhandlungen über die Erhöhung der Bezüge und über die Aufhebung der Arbeitszeitfrage erwarten.

Der Schritt der Eisenbahnerorganisationen ist insofern von besonderer Bedeutung, als die sogenannten Tarifkontrahenten der Reichsbahn, d. h. die Arbeiter-Organisationen der Lohn- und Arbeitszeit-Vertragenden des Tarifvertrags zum 2. Februar geäußert haben. Das gesamte Reichsbahn-Personal fordert also sofortige Erhöhung der Bezüge und Verkürzung der Arbeitszeit.

Schwerer Reizfall der „Kampfpartei“.
Der Reichsbahnratungsrat der mitteldeutschen Bergleute, den die Kommunisten für Sonntag nach Halle einberufen hatten, bedeutet einen schweren Reizfall. Von den 200 Reichsbahnern des mitteldeutschen Bergbaues waren nur etwa dreißig erschienen. Der Bergbau war insofern nur von 65 Personen besucht. Nichts beweist seine Bedeutungslosigkeit und gleichzeitig die Unfähigkeit, zu der die Kommunistische Partei in Mitteldeutschland herangezogen ist, mehr als dieser Reizfall. Dabei hat die kommunistische Partei die Arbeiter

getragen und auch die Inorganisierten herangezogen. Als sich der Reizfall nicht vermindern ließ, wurde ein „Reizfall“ erklärt, daß die 30 Delegierten die 2000 Betriebsräte „vertreten“. Dabei waren sehr wichtige Reviere, so z. B. das Geiseltal und das Wittenfelder Revier überhaupt nicht vertreten. Das Rezerat hielt Koenen, der erklärte, daß die Kampf vorbereitungen der Bergarbeiter bis zum 28. Februar beendet sein müßten. Die Betriebsräte im Ruhrgebiet seien schon kampfbereit und warteten nur noch auf die mitteldeutschen Bergarbeiter. (Im Ruhrgebiet versichert man wahrscheinlich das Gegenteil. D. Red.) Außerdem verlangte er, daß alle kommunikativen Bergarbeiter dem Bergarbeiterverband beitreten, um den kommunikativen Einfluß zu vergrößern.

Als im Laufe der Ansprache einige Betriebsräte gegen Koenen polemisierten und erklärten, daß keine Partei, also auch die kommunistische Partei nicht, in die Gewerkschaftsführung hineinzureden habe, wurde von der Leitung verkündet, daß im bevorstehenden Kampfe nicht die Bergarbeiter-Gewerkschaft die Führung haben dürfe, sondern daß die kommunistische Partei diese mit der Forderung nach einer 10prozentigen Lohnerhöhung an sich reißen werde.

Dieses Maulaufreißen mitten in einer schweren Parteipolitik wirkt belustigend. Die mitteldeutschen Bergarbeiter selbst aber haben ihr Urteil über die Tatengründe der Arbeiterbewegung dadurch gefällt, daß sie dem Betriebsrat keine Unterstützung gaben. Sie werden sich auch durch kommunistische Reklamierungen nicht davon abbringen lassen, daß man einem festorganisierten Unternehmertum nur mit gewerkschaftlichen Mitteln etwas abringen kann, aber nicht mit Absprachen und Hauswurfsereien.

Auch in Reich abgewirtschaftet. In der Generalversammlung des Deutschen Metallarbeiterverbandes wurde bei der Wahl der Erzieherverwaltung Reich die Imsterdamer Liste mit großer Mehrheit gewählt, während die Moskauer nur 91 Stimmen auf sich vereinigten. Die Niederlage der Kommunisten wäre noch größer gewesen, wenn nicht Hunderte von Metallarbeitern an der Ausübung ihres Wahlrechts gehindert worden wären.

Aus den Gerichtssälen.

Zwei Räuber auf der Anklagebank.
Die Berufungsinstanz verhandelte am Dienstag gegen die Gebrüder Willi und Paul Straube aus Aken, die vom Schöffengericht zu 9 bzw. 6 Jahren Zuchthaus wegen schweren Raubes verurteilt waren. Staatsanwalt und Angeklagte hatten Berufung eingelegt. Willi Straube hat inzwischen etwa 15 Jahre Zuchthaus vor sich und wird sich außerdem noch wegen eines Schiffermordes in Aken vor dem Schwurgericht zu verantworten haben. Da Willi Straube in der vorherigen Verhandlung rabiat wurde, insbesondere versuchte, dem Vorsitzenden mit einem Rednerpult zu Weide zu gehen, mußte er gefesselt auf der Anklagebank Platz nehmen. Zur Anklage steht ein

Ein Silberdiebstahl.
Einen Einbruch in einer Wunde in Parthen ausgeübt zu haben, sind die Arbeiter Stanislaus Puna und Willi Bedmann, beide erst 23 Jahre alt, beschuldigt. Sie sind gemeinschaftlich über die Maurer eines etwas abseits liegenden Hauses gesteuert, haben die Fensterläden hochgehoben und dann die Fensterbänke eingedrückt. Ihnen sind etwa 30 silberne Weiser, 12 silberne Löffel, 12 Gabeln und ein großer Koffen anderer massiv silberne Gegenstände in die Hände gefallen. Die beiden Angeklagten sind voll gesund und wollen aus Not gehandelt haben.

Ein Silberdiebstahl.
Einen Einbruch in einer Wunde in Parthen ausgeübt zu haben, sind die Arbeiter Stanislaus Puna und Willi Bedmann, beide erst 23 Jahre alt, beschuldigt. Sie sind gemeinschaftlich über die Maurer eines etwas abseits liegenden Hauses gesteuert, haben die Fensterläden hochgehoben und dann die Fensterbänke eingedrückt. Ihnen sind etwa 30 silberne Weiser, 12 silberne Löffel, 12 Gabeln und ein großer Koffen anderer massiv silberne Gegenstände in die Hände gefallen. Die beiden Angeklagten sind voll gesund und wollen aus Not gehandelt haben.

15 Jahre auf die Hochschule.
Er gibt ihnen Ratschläge, wie sie sich zukünftig zu verhalten haben. „Ihr schlaft halb, so kann das nicht werden. Ihr müßt 100mal sagen, daß ich unschuldig bin. Nur nicht viel erzählen. Wer viel erzählt, muß viel verantworten. Was glaubt ihr, was Deutschland zahlen muß, wenn ich frei komme. Mein Name wird weiterberühmt. Zeigt ihnen die Fäbue. Laßt uns die Hände reichen, dann kann mir nichts passieren und ich komme frei. Wenn ihr herauskommt, ich sorge für euch.“ So lautet ein Kapitäl nach dem andern. Nach der Tat ist Willi Straube nach Frankreich geflohen. Von dort aus sandte er mehrere Briefe, in denen er von der Mittern als von Salomonen spricht. In einem andern Briefe schreibt er einem Verwandten, der ihn vor Gericht beläutet hat: „Verrat gegen Verrat. Wenn Du Deine Aussage nicht zurücknimmt, dann nehme ich auf Euch alle keine Rücksicht.“ In einem andern Briefe schreibt er, daß er sich in Frankreich sehr wohl fühle und daß sie für ihn alle Hoffmann heißen können.

Es kam aber anders. Als der Schiffermord herauskam, wurde Straube von der französischen Regierung ausgeliefert. Der Gericht beschloß er nach wie vor seine Mitternenschaft. Auch seine Brüder sind nunmehr ungeschick und meinen, daß Willi nicht dazul war. Aus seinen Briefen geht aber ohne Frage hervor, daß er sich der Tat selbst bejubelt und Zeugen sucht, die seine Unschuld beweisen sollen. Der Staatsanwalt beantragte die Strafe bei Willi Straube auf 12 Jahre Zuchthaus und bei Paul Straube auf 5 Jahre Zuchthaus festzusetzen. Das Gericht verurteilt beide Berufungen, so daß es bei den Strafen von 9 und 6 Jahren Zuchthaus verbleibt. Die Angeklagten wollen gegen das Urteil Revision einlegen.

Ein alter Betrüger.
Der Schmied Franz Schler, der wegen Betrugs schon verurteilt ist und jetzt eine 5jährige Gefängnisstrafe verbüßt, kalte sich vor dem Schöffengericht wegen vier neuer Betrugsfälle zu verantworten. So hat er sich in einer Wandeburger Waidmiedel als Schürmeier der Geheimein Zuchtschreiberei vorgeschrieben, der für die Herbst 25 Mark abholen sollte. Schamerweise erhielt der Angeklagte das Geld ausgezahlt. Als dieses Räuber gefaßt war, ging er zur hiesigen Distrikts-Gewerkschaft und erwiderte ihm als Beauftragter einer Firma 25 Mark. Als dieses Geld wieder herbeibracht war, bestellte er bei einer Brauerei einen größeren Behälter Bier und erbat zugleich ein Darlehen von 45 Mark, da ihm dieser Betrag noch fehlte, um eine Rechnung zu bezahlen. Auch dieses Geld bekam er ausgezahlt, unterzeichnet aber die Quittung mit einem falschen Namen. Bei einem dritten Versuch, neuer Betrugsgeschäfte

Raffamen wieder einen Geldbetrag zu erschwindeln, wurde der Angeklagte abgefaßt und festgenommen.

Der Angeklagte ist gefänglich und wurde wegen Betrugs im Rückfall mit Lateinheit von Urkundenfälschung zu neun Monaten Gefängnis verurteilt.

Es kann es nicht lassen.
Obgleich die Konfession E. D. wegen Diebstahls schon einmal vorbestraft ist, diese Strafen auch sämtlich verbüßt, hat sie Schmeiere gefunden, als zwei Männer in der Waller-Mathemans-Strasse die Wohnung einer 82jährigen Witwe auszuräumen. Ein Portier, eine goldene Siegelbrille, hat sie einem Herrn verkauft, dem sie während kurzer Abwesenheit in dessen Wohnung einen goldenen Trauring stahl. Der Trauring verkaufte sie bei einer hiesigen Goldkaufstelle, wo er dann von der Polizei beschlagnahmt und dem Eigentümer wieder zugestellt werden konnte.

Vor der Polizei war die W. voll gesund. Vor dem Schöffengericht beirrat sie jede Schuld. Die Witwe will sie geschenkt bekommen haben, während sie den Diebstahl an dem Ring abtrittet. Die Beweisnahme eracht aber im Falle des Ringes die Schuld der Angeklagten, während der Diebstahl der goldenen Brille nicht angeklagt werden konnte. Wegen Rückfall diebstahls erhielt die Angeklagte unter Zubilligung mildernder Umstände vier Monate Gefängnis.

Nichtigstellung. In dem Gerichtsbericht „Die Mittern im Justizpalast“ war ein Zeuge Nachotie genannt. Der Name war falsch geschrieben, der Mann heißt Zucholle.

Kleine Chronik.

Doppelmord aus Mache. In dem Dorfe Hille in der Nähe von Minden wurde ein schweres Verbrechen aufgedeckt. Die Eheleute Siebeping wurden seit Freitag morgen ermordet. Alle Nachforschungen blieben zunächst ergebnislos, bis endlich der Bruder des Siebeping auf den Gedanken kam, den Bräunen und die Rauchgarnbe auf dem Hofe zu untersuchen. Als er den Fessel der Grube aufhob, bot sich ihm ein furchtbarer Anblick. Schwärzgerin und Bruder lagen übereinander tot in der engen Grube. Die ärztliche Untersuchung ergab, daß beide durch je zwei Revolvergeschüsse aus nächster Nähe getötet waren. Es kann nur ein Mordakt in Frage kommen, und zwar von einem Menschen, der die örtlichen Verhältnisse genau kannte, da die Grube abseits versteckt liegt.

Fliegerunglück in Travemünde. Zu dem Abitur, eines Lehrlings, Flugzeug in Travemünde wird bekannt: Der Flugzeugführer Münnich hatte es unternommen, zusammen mit Sieger als Beobachter einen Angriff auf den von einem Eisbar-Flugzeug aufgestellten neuen Höhenrekord von 1400 Metern zu unternehmen. Münnich benutzte dazu ein ein 12-Steuers PS entwickelndes einhülsen Automobilmotor verfügen. Münnich brachte den Motor in stundenlangem Flug genau 2000 Meter hoch, wie später auf dem Paragramm abgelesen werden konnte. Doch oben setzte plötzlich der Motor aus. Münnich war gezwungen, im Gleitflug wieder zur Erde zu gehen. Er wollte kurz vor der Erde den Apparat wieder hochziehen, tat dies aber so heftig, daß das Flugzeug ein Aufschlag erlitt. Der Apparat fiel wie ein Stein zur Erde und bohrte sich mit der Spitze tief in den weichen Boden ein. Beide Flieger waren fast augenblicklich tot. Münnich war verheiratet und Vater eines Kindes, während Sieger keine Angehörigen hinterläßt.

Fliegerunglück in Staaken. Auf dem Flugplatz in Staaken ereignete sich Dienstag mittag gegen 12 Uhr ein schweres Unglück, bei dem der Flugführer v. Willigen tödlich verunglückte und fünf Arbeiter schwer verletzt wurden. Der Flugführer war zu einem Probeflug in einem Schulflugzeug in Staaken aufgestiegen, um seine Pilotenprüfung abzulegen. Das Flugzeug befand sich zur Mittagszeit in ziemlich hoher Höhe über dem Flugplatz in Staaken und geriet in starke Böen. Durch eine solche wurde das Flugzeug plötzlich in die Tiefe gerissen und durchschlagend krachend das Dach der alten Zepelinhalle in der Auen aufnahmen vorgenommen werden. Mehrere Arbeiter waren gerade bei dem Abitur in der Halle mit dem Aufbau von Teleskopen beschäftigt. Das Flugzeug durchschlag das Dach der Halle und riß große Teile mit in die Tiefe. Dadurch wurden fünf Arbeiter schwer verletzt.

Eine Tragödie am Teufelsberg. Ein schweres Verbrechen wurde in dem Orte Selberg bei Postdam (Pommern) aufgedeckt. Man fand den 20jährigen Weibersohn Willi Meinte ermordet auf. Wie sich später herausstellte, hat Meinte aus Mene über ein von ihm verübtes Verbrechen Selbstmord begangen. Er wurde nämlich kurze Zeit darauf auch die Leiche der sein der Tagen vermissten Eigentümerschöcher Ida Meinte im Teufelsberg gefunden. Am Hinterkopf fand man zwei Verletzungen. Es wird angenommen, daß der Ermordete die Meinte, die sich in gewissen Umständen befand, erschlagen und sich dann zwei Tage später selbst getötet hat.

Der Räuber in Frauenkleidern. Auf einem Gehöft bei dem Dorfe Rierdani in Litauen erschien eines Abends ein Mann mit einer Frau bei dem Besitzer und bot um Nachtsacker. Auf inländisches Bitten des Paares und der Frau des Besitzers ließ der Mann das Paar in die Wohnung hinein. Nach einer Weile begann die fremde Frau zu nöhlen. Sie warf sich auf den Fußboden und schrie und jammerte. Der fremde Mann hat darauf händeringend den Besitzer, einen Wagen zu bespannen und ihn und die kranke Frau nach Pirsch zu einem Arzte zu fahren. Da es sehr dunkel war, erbot er sich, beim Anspannen der Pferde behilflich zu sein. Beide Männer gingen nach dem Stall. Die im Zimmer am Boden liegende Frau schrie immer mehr und

(Fortsetzung des redaktionellen Teiles nächste Seite.)

Zentraltheater.
Die Aufführung der Straußens Operette „Der Zigeunerbaron“, die allabendlich vom reichlich erschienenen Publikum mit großer Begeisterung aufgenommen wird, hat neues Interesse dadurch gewonnen, daß die Daria des Barntafel von dem Berliner Operettenstar Star Neruda seit gestern abend nach hier gekommen ist. Herr Neruda hat diese Partie selbst im Großen Schauspielhaus in Berlin mit allergrößtem Erfolg gesungen. Zur Bereicherung der Vorstellung hat die Daria des Zentraltheaters den bekannten als Gast verpflichtet. Da der Vorverkauf für die nächsten Vorstellungen, besonders im Samstag abend und Sonntag, bereits außerordentlich lebhaft ist, empfiehlt es sich dringend, Eintrittskarten rechtzeitig zu besorgen. Die Operette ist abends von 10 bis 11 Uhr und ab 5 Uhr gedoppelt; auch fast Karten in den bekannten Vorverkaufsstellen jederzeit erhältlich.



Haben Sie die neue Wanzig-Größe schon mal probiert? Sie währt wirklich ein Jahr lang, gibt einen Schmutz wie ein Stücklein, welches Schmutz und Flecken spielend fortwäscht, so daß Sie gar nicht zu reiben brauchen. Durch sparen Sie Zeit und Arbeitskraft, auch schonen Sie Ihre Hände.

Henko

Henkel's Wasch- und Bleich-Soda

spart Seife und Seifenpulver!

Mitverwendung von Henko bei der

Wäsche verbilligt das Waschen.

Vorzügliches Einweichmittel

Weißer Woche!

Aus unserer Konfektions-Abteilung

Verkauf
soweit
Vorrat!

Bluse aus weißem flanell, in feinen Streifen	75	Bluse aus weißen tönen Stoffen 265	190	Bluse aus weißem Danama 190	390	Jumper a. Schweizer Reißer l. m. Sächsen, Sümd. u. Kneip-Garn	385	Kleid aus weißem Boile, ja- gendliche Form	590	Kleid aus Schweiß, Bollwolle, u. anderfarb. Blende und Papelfier	850	Kostüm- rock aus weißem Grotte	690
--	----	---	-----	--	-----	--	-----	--	-----	---	-----	---	-----

Leinen- und Baumwollwaren

Hemdentuch gute Qualität, 80 cm breit, für alle Wäschezwecke geeignet	55
Reinforcé reinfa. lg. 80 cm breit, für feine Ver- wände	70
Leinen	68
Leinen gute Qualität, 80 cm breit	75
Körperbarchent 80 cm breit, für Wäsche und Reinforcé-Mede Meter 21, 125 1.00	82
Hausstuch für Bettdecken, volle Breite Meter 21	1.90
schwere Qualität, für Bettdecken, 150 cm breit	2.60
Dowlas für Bettdecken, vorrätig Ware, voll- gebleicht, 150 cm breit	2.90
Leinen für Bettbezüge gute, solide Qualität, 80 cm breit	1.80
130 cm breit	1.65

Damen-Wäsche

Untertaillen mit schmalen Trägern und Enderenjah	55
Damen-Hemden mit schmalen Trägern u. Sob- jann od. Langette	95
Jumper-Untertaillen mit Sobjannträd. u. Enderenjah	95
Damen-Hemden mit schmalen Trägern u. d. Enderenjah	1.45
Damen-Hemden mit voller Ähbel u. Langette, aus trav. Semdent	1.65
Damen-Hemden aus weißer, schweißstehen- mit Sobjann- oder Enderenjah	2.25
Beinkleider ausfein. mit Enderenjah	1.35
Haarhemden 2.50, feiner, mit Enderen- jah	2.65

Trikotagen, Herrenartikel

Damen-Hemden 2, 2 gefürdt	95
Damen-Schlüpfer weiß, Selbst, mit verfürdt- tem Schrit	1.65
Herren-Hemden we. 2. Trilo: mit doppelter Seit	2.45
Einsatzhemden weiß, Selbst, mit schönen Nipsenfüßen	2.95
Mod. weiße Blusen-schoner rems Boile, gefürdt	3.75
Oberhemden weiß, mit Nipsenfüßen	6.75
Sporttragen Nips	30

Schürzen

Weißer Servierschürzen aus gutem Linnen	95
Weißer Servierschürzen mit Sobjann oder Enderenjah	1.65
Weißer Zierschürzen aus glatten und geputzten Barchent, Jumperjah	1.75
Weißer Backfisch-Schürzen aus gestreift. Stoffen	1.75
Weißer Jumperschürzen aus träufeln Barchent	2.35
Weißer Jumperschürzen weite Form, mit Enderenjah oder Sobjann	3.50

Savage & Münzer

BREITENWEG 51/52

An alle Asthmaleidende!

Hören Sie das Urteil Ihrer Leidensgefährten:
„Die Kur mit NYPHOSAN-SIREP brachte mir glänzenden Erfolg. Das vom Felde herkommende Asthmaleidende ist gänzlich beseitigt und an Stelle der Melancholie ist höchste Lebensfreude getreten. Indem ich Ihnen nochmals meiner Zufriedenheit Ausdruck gebe, zeichne ich hochachtungsvoll H. L. in 31.“
So und ähnlich lauten die fast täglich bei uns eingehenden Dankschreiben.
Best.: Bals. Myr. op. 30g, Na br. 25g, Kalil. 21g, Sacch. 10g, t. omuls.
Preis pro Flasche Mk. 3.—. Zu haben in Hagenburg, Johannis-Apothek.
Alleinhersteller: Nymphosan A.-G., München 38.



Grammophon
Eingeregnete Schutzmarke

Apparate und Platten
In größter Auswahl!

F. Kroening's Söhne
Breiter Weg 209/10

Billige Federbetten
Verkauf 18
Bettstücke 15.00 Mk.
pinz. Rissen à 4-5 Mk.
Bett 25.00 Mk.

Gelegenheitskäufe:
Max Erkstein jr.
Sönngehofstraße 5a.

Jahre für Ex-
portkäufe
750 Kart
Schöhen,
helle Farben
à 1 Kart
Meyer,
Schredorfer Str. 34,
Old. Marktstraße.

Schlafzimmer
Küchen, Bettstellen,
Schränke, Bad u. Toilette,
zu verkaufen, auch Zer-
abau. Hoffe, Herd u. L.
ja, a. Daz-e Herr. Bad eill
Steinmetz Hanserstr. 62

Von 8-11 Uhr,
also 3 Stunden lang,
wird jeden Abend
in der

Arkadia

über das neue lustige
Programm
herzhaft gelacht.
Kommen auch Sie
und lachen Sie mit!

Zitritt 50 Pfennig
1 Glas Bier 30 Pfennig

Besuchen Sie uns bitte

und überzeugen Sie sich von der
Ausstattung der ersten Buchbeigabe

des



Bei Vorauszahlungen von 50 Pfennig erhalten Sie
jährlich 4 Bücher in bester Ausstattung auf höl-
zernein Papier gedruckt, Fadenheftung, in Ganzleinen
gebunden. — Außerdem monatlich eine reich illustrierte
Zeitschrift.

Buchhandlung Volksstimme,
Magdeburg, Große Münzstraße 3.

Ziehung 12. Februar.

Geld-Lotterie

zum Besten
der Auslands-Verkehr
5693 Gewinne
in barohne Auszahlung

150000
50000
20000
10000

Lose à Mk. 3.00
Porto und Liste 35 Pf.
extra, außer Nachfrage
20 Pf. nicht verb.!

L. S. Weinberg Wwe.
Hamburg 36.
Königsstr. 21/23.
— Postfach 12168 —

Carl Heber u. Söhne,
Wagen u. Hof, Berlin,
Hauptstadt, Berlin

Geschäfts-Übernahme

Sie sind mit einer geborenen Geschäftsführerin
zur Kenntnis, das ich mein Geschäft

Wäschebazar Altstadt
Große Mühlendstraße 1a.

an Frau
E. Borisch
übergeben habe. Ich habe meine gesamte
Ausrüstung, das mir bisher erzielte Ver-
trauen auf meine Nachfolgerin übertragen
zu wollen.

O. Kieser.
Einen vorübergehenden Aufnahm. zur gefr.
Annahmehabe, das ich mit dem heutigen
Tage den Wäschebazar an Frau E. Borisch
übertrage habe.

Es wird kein offizielles Verzeichnis sein,
das die Übernahme zu bezeugen. Der
Führer und diese ist das bisher meine
Wäschebazar (einstweilen) betriebl. und auf
meine Übertragung zu wollen.

E. Borisch
Wäschebazar,
Große Mühlendstr. 1a.
Friedrichshagen von 8 bis 7 Uhr geöffnet.

Achtung, Reichsbanner

Breches- u. lange Hosen 3.50
Bindjaden 8.75
Manifester-Anzüge 25.00
Monteur-Anzüge 5.50
Pilot-Hosen 3.40
Anzüge, Hüfter 22.00
la. Stoffe, Oberdize, Rips 22.00
Konfirmanten-Anzüge

Reichsbanner erhalten 15% Rabatt!

Wallach's Bekleidung
20 Lößlichehoffstraße 20

Zahlungserleichterungen
werden gewährt.

Bunte Bühne

im Zentraltheater.

Donnerstag den 5. Februar
Hauptfeier und Schluss
des großen
Wodwiefestes

Stimmung und Humor
durch das
erf. neue Programm

mit ersten
künstlichen
Vorführungen,
Sänger,
Sänger.

Direktion: Frau Olga Winterhoff.

Stadtsammlige Nachrichten.
Magdeburg-Mittstadt.
Liederkreis. 1. Vortrag. Gedächtnisrede
Grundermann, 2. Vortrag. Karl Dillmann, 3.
Vortrag. Gedächtnisrede auf den
Vortrag. Gedächtnisrede auf den
Vortrag. Gedächtnisrede auf den
Vortrag. Gedächtnisrede auf den

Wenn Sie

Stichter mit Ihrem
Namen. Gew. nicht zu-
frieden gemessen sind,
besuchen Sie es doch
mal in der

Brantweinquelle
Stutthofstraße 17.
Herr Joh. a. 45 Kol. u.
Jan. - Bonn - Bechtel
pro. 2. 4. 4. 4. 1.10.

Jedes Buch
besorgen wir in
— kurzer Zeit —

**Volksstimme,
Buchhandlung**
Große Münzstraße 3.

Am heute halten wir unter Sprechstunden ab:
San-Rat Dr. Habermann 8-3 U., 3-5 N.
Dr. Segert 9-10 vorm., 5-6 u. nachm.
Sonntags für dringende Fälle 9-11 vorm.
Magdeburg-Mittstadt, Lübecker Straße Nr. 15

**San-Rat Dr. Habermann
Dr. Segert**
Februar 3274. Februar 3274

**Gehobene Knabenschule
in Schönebeck a. d. E.**
In Siera wird die untere Klasse —
Anfangsklasse für die Grundschule —
und die obere Klasse, Fremdsprache Englisch,
eröffnet. Es bitte um möglichst baldige
Anmeldung von Knaben und Mädchen für diese
Klasse.
Anmeldungs-tage täglich vormittags im Schul-
gebäude.
Marzial.

Holzverkauf

findet am 9. Februar 1925, vormittags von
9 Uhr an, im Gutshaus Leutenthal bei Pöden
gegen Verabreichung statt.

1. Forstrevier kreuzbörst District 10, 11, 13
25, 29, 32, 34.
Eichen, Kiefern 3. Klasse 100
N. Kiefern, Kiefern 20
Kiefern, Kiefern 3. Klasse 30
Eichen, Kiefern 2
Eichen, Kiefern 4. Klasse 10
Weiden, Kiefern 3. Klasse 120
2. Forstrevier Pöden District 1, 6, 7, 12, 13
Eichen, Kiefern 2. Klasse 10
Eichen, Kiefern 3. Klasse 14
Kiefern, Kiefern 3
Kiefern, Kiefern 3. Klasse 50
Pappel, Kiefern 8
Kiefern, Kiefern 3. Klasse 200
Weiden, Schuppenkiele 750 Stück.
Bedingungen im Termin.

**Kontant der Kloster Bergischen Stifts
und des Klosters Unser Lieben Frauen**

In das Genossenschaftsregister ist befr.
eingetragen bei der unter 174 des Genossenschafts-
gerichtsverfahren, Eintragung des
Eingetragene Genossenschaft mit befristeter
Hauptstadt Magdeburg: Durch Beschluss der
Generalversammlung vom 11. September 1924
ist die Genossenschaft aufgelöst. Die befristeten
Vorstandsmitglieder sind Liquidatoren.
Magdeburg, den 30. Januar 1925.
Das Amtsgericht A. 101. 8.

**Stadt. Handelskammer u. höhere Handels-
schule Magdeburg.**
Die Anmeldungen finden im Februar 20
mittags im Schulgebäude Günterstraße 1
statt. Mündliche Auskunft erteilt die Schulleitung.
Magdeburg, den 2. Februar 1925.
Der Magistrat.

Holzverkauf.
Am Mittwoch den 4. Februar und an
folgenden Tagen wird von nachmittags 1
ab in der Kanalstraße der Weinbau an
und Stelle verkauft.
Burg, den 3. Februar 1925.
Die Forstverwaltung.

Egeln Egeln

Schuhwaren

in der allerbesten Qualität
lassen Sie in billigsten Preisen bei:

Max Schloß,
Egeln, Breiter Weg 72.
Wolffs Lederhandlung.

Manchester-Samte

in Schlanen, Breches-Hosen
in Kiefern, Kiefern, Kiefern
best., von 3.50 bis 7.50 à Paar

G. Gehse
Löhlichehoffstr. 20
13. 14. 15. 16. 17. 18. 19. 20. 21. 22. 23. 24. 25. 26. 27. 28. 29. 30.

Nachrichten aus der Provinz.

Stadtkreis Burg.

Beitrag des Straßenschmutz! Den Dank der beim Verletzten Kriegsbeschädigten würde sich die Polizeibehörde verdienen, wenn sie darauf achten würde, daß die Straßen öfter gereinigt würden. Es hat sich auf den Bürgersteigen eine Schmutzmasse angeammelt, die nicht nur den Verletzten zum Verhängnis werden kann. Mögen diese Beilen dazu beitragen, daß es sich jeder Hausbesitzer zur Pflicht macht, vor seinem Hause für Reinigung des Bürgersteigs zu sorgen.

Scharfschießen findet auf dem Truppenübungsplatz Altenarbohm in der Zeit vom 8. bis 14. Februar täglich statt. Die durch das Schießen gefährdeten Plätze werden in der üblichen Weise gesperrt.

Konzert im Krankenhaus. Der Mandolinenklaus Alpenstein bereitet am Sonntag den 1. März des Krankenhauses eine Freude, indem er im Krankenhaus ein Konzert veranstaltet. Die Kranken werden nicht böse sein, wenn sie auch von andern Vereinen mal überrascht werden.

Ein Lichtbildervortrag über das Proletariat findet am Freitag den 6. Februar, abends 8 Uhr, in der Aula der Mädchenschule, Kapellenstraße, statt. Als Redner erscheint Studienassessor Genosse Philippson (Magdeburg). Alle Frauen, Gewerkschafter und Parteigenossen werden zu diesem Vortrag eingeladen. Zur Deckung der Unkosten wird ein geringes Eintrittsgeld erhoben. Wir erwarten, daß sich unsere Genossen im Interesse unserer Kinder zahlreich daran beteiligen.

Vorträge für Gasverwertung. Wir weisen darauf hin, daß heute (Mittwoch) und morgen (Donnerstag) auf Veranlassung des Gaswerks Vorträge über Gasverwertung mit Vorführung neuester Gasapparate stattfinden.

Kreis Jerichow 1.

Gommern. „Proletariatskind und Kinderfreunde.“ Neben dieses Thema hält am Sonntag abends 8 Uhr in der „Sonne“ Studienassessor Genosse Philippson (Magdeburg) einen Lichtbildervortrag. Zahlreicher Besuch der Parteigenossenschaft wird erwartet.

Loburg. Lichtbildervortrag. Heute (Mittwoch), abends 8 Uhr, findet in der „Mischpost“ ein Lichtbildervortrag über das Thema „Proletariatskind und Kinderfreunde“ statt. Referent ist Genosse Meißnerfeld. Um zahlreiches Erscheinen wird gebeten.

Kreis Neuhaldensleben.

Neuhaldensleben. Februar-Miete. Die gesetzliche Miete für Februar bleibt unverändert. Sie beträgt 66 Prozent der Friedensmiete, wenn die Vornahme der sogenannten Schönheitsreparatur durch den Vermieter erfolgt oder 62 Prozent der Friedensmiete, wenn die Schönheitsreparatur vom Mieter vorgenommen wird; dazu kommen im Mietegebäude 100 Prozent kommunale Hauszinssteuer und 50 Prozent Grundvermögenssteuer. — Feldhüter. Der Magistrat gibt bekannt, daß an Stelle des Feldhüters Bohling der bisherige Expedient Karl Kungel als städtischer Feldhüter eingestellt werden ist, und zwar vom 1. Februar an, und für den bisher von Bohling beengenen Feldmarkbezirk. — Revidierter Brotpreis. Vor kurzem berichteten wir, daß der Brotpreis von 65 auf 70 Pfg. heraufgesetzt sei. Zugleich ist der Brotpreis revidiert und ein Brot kostet 65 Pfg. Wer nun aber glaubt, daß der Brotpreis tatsächlich heruntergesetzt ist, der irrt sich. Denn dafür, daß die 5 Pfg. wieder heruntergelassen sind, wird das Brot 100 Gramm leichter hergestellt. Die Bäckermeister sind dadurch, daß der Konsumverein das Brot auf 65 Pfg. belassen hat, ebenfalls gezwungen worden, wieder herunter zu gehen, glauben aber nun die Gleichgültigkeit des laufenden Publikums auszunutzen zu können, indem sie das Brot kleiner machen. In Wirklichkeit ist das Brot also bei den Bäckermeistern doch teurer geworden. Wer noch Brot im alten Gewicht zum Preise von 65 Pfg. kaufen will, der kaufe solches im Konsumverein, der auch diesmal wieder bewiesen hat, daß er preisregulierend wirkt.

Kreis Kalbe.

Arbeiterjugend-Verkehrsbezirk Schönebeck.

Unsere Führerschaft findet am Sonntag den 8. Februar, vormittags 10 Uhr, in Barby mit folgender Tagesordnung statt. Jahresbericht des Verkehrsbezirksleiters, Wahlen. Aufstellung eines Jahresarbeitsplans, Vortrag (Beginn der 2. Vertragsfeier).

Wegen der außerordentlich wichtigen Tagesordnung ist das Erscheinen eines jeden Funktionärs unbedingte Pflicht. Drei Heil! Der Verkehrsbezirksleiter.

Barby. In die Krankenkassenmitglieder. Unter den hiesigen drei Ärzten ist eine heftige Fehde entbrannt. Allgemeines Interesse würde die Sache nicht haben, wenn nicht

reichlichen Grenze, dem Selbstmord gleichgekommen wäre — zurückweisen und Wilhelmine sich sogar entschieden für Oesterreich erklärte. Der Friede wurde zwar zwei Jahre später wieder hergestellt, aber in den „Verwundbarkeiten“ der Markgräfin von Baireuth ist der Bruder, obwohl er sie in seiner Jugend schmärmerisch andichtete, recht schlecht weggekommen.

Man machte eben damals noch nicht in volkstümlichem Didericus-Rummel wie heute...

Margarete Dubinage.

Aus alter und neuer Zeit gab Margarete Dubinage vom Volkstheater in München am Dienstag in der „Stadtmission“ eine Auswahl. Drei Sonette Schafspears gaben ihr zunächst Gelegenheit, ihr Können in der richtigen Ablesung der Sätze zu zeigen; von Seine kam die Berg-Höhle zum Vortrag und Goethe war mit fünf zumeist jehemischen Gedichten vertreten. Von neuern Dichtern kamen Walter Gehmann, Paul Jech, Franz Werfel, Hafentleber und Däubler zu Worte. Den Schluß machten zwei Szenen aus Schams „Die heilige Johanna“. Der Abend brachte, wenn man von der mangelhaften Musik des Raumes absieht, einen ungetrübten Genuß. Die Erscheinung der Künstlerin, die allein schon wie ein ganzes Gesicht wirkte, wurde unterstützt durch einführendes Wesen, ein sympathisches Organ und eine reife Sprachtechnik, die Wohlklang und Schönheit unserer Sprache voll zur Geltung brachte. Eine kleine, aber dankbare Gemeinde sorgte nicht mit Weisfall.

Edward v. Gebhard. Nach nur eintägigem Krankenlager ist in Düsseldorf der bekannte Maler Professor Dr. Edward v. Gebhard im Alter von 84 Jahren gestorben. Professor Gebhard, Waise von Geburt, gehörte seit dem Jahre 1875 der Düsseldorfer Akademie an. Vor allem sind seine historischen Darstellungen aus dem Leben Christi und dem Reformationszeitalter, ferner der Gemäldezyklus im Jüterbojensloster Rococo, seine Wandgemälde in der Friedenskirche in Düsseldorf bekannt. Kaiser Kaiser-Friedrich-Museum besitzt von seiner Hand eine „Bergpredigt“. Das Bestreben des Künstlers, den Naturalismus allein durch die Wahl religiöser Stoffe und das romantische Zudrängen auf das Kostüm der Dürerzeit zu überwinden, war von vornherein zum Scheitern verurteilt. Er mag es ja herzlich gut gemeint haben, aber im Handverfälschen ist er ein Stümper geblieben. Er mußte weder seine Figuren zu einer überflüssigen Gesamtkomposition zusammenschließen, noch der Farbe irgendwelche Reize zu entlocken. Niemand bleibt ungetrafft hinter seiner Zeit zurück.

durch diese Ungelegenheit die Interessen der Arbeiterschaft des gesamten Krankenkassenbezirks gefährdet wären. Die streitenden Parteien sind die beiden Kassenzüge und ein bei der Krankenkasse noch nicht zugelassener Arzt. Verhandlungen über Zulassung dieses dritten Arztes schweben noch, weil der Vorstand der Kasse schwerwiegenden finanziellen Bedenken Rechnung tragen muß. Andererseits verfügt jener Arzt über große chirurgische Fähigkeiten. Da nun bei leitenden Persönlichkeiten des Magdeburger der Wunsch nach Errichtung einer Betriebskrankenkasse besteht, so kommt ihnen die Differenz gerade recht, um ihr Vorhaben zu verwirklichen. Da auch Arbeiter mit dem Gedanken der Errichtung einer Betriebskrankenkasse spielen, sei hier folgendes gesagt: Die Arbeiter haben bei Einrichtung einer Betriebskrankenkasse ein entscheidendes Mitbestimmungsrecht in Form der notwendigen Zustimmung des Betriebsrats, sie haben aber über eine Auflösung der Betriebskrankenkasse nichts zu sagen. Vor kurzem sagte der Vertreter eines großen Betriebes: „Eine Betriebskrankenkasse ist dem Betriebe (des Arbeitgebers) von Nutzen, wenn ein tüchtiger Vertrauensarzt angestellt ist.“ Damit soll gesagt sein, daß der Betriebsarzt dafür zu sorgen hat, daß nur gesundheitlich kräftige Arbeiter im Betriebe beschäftigt werden, alle übrigen aber aus dem Betriebe entfernt werden, damit der Unternehmer keine größeren Zuschüsse zu leisten hat. Wohlfahrtsanstaltungen in einer solchen Betriebskrankenkasse kommen den Arbeitern nur zugute, solange sie im Betriebe beschäftigt sind. Wohl kann eine Betriebskrankenkasse mit gesunden kräftigen Arbeitern um 1 oder 2 Pfennig pro verbiente Mark billiger arbeiten als eine Ortskrankenkasse, in welcher auch alte und arbeitsunfähige Personen als Mitglieder Aufnahme finden, aber, wer wird nicht alt, und wer weiß, wie lange er gesund und arbeitsfähig bleibt? Der Vorstand einer Allgemeinen Ortskrankenkasse setzt sich aus Mitgliedern des gesamten Bezirks zusammen und ist in seiner Gesamtheit vom Einzelbetriebsunternehmer unabhängig, nicht aber der Vorstand einer Betriebskrankenkasse, der nur Interessenvertretung des einen Unternehmers ist.

Kalbe. In der Kartellisierung gab der Vorsitzende Schiller den Geschäftsbericht für 1921 und erklärte dabei die Verhältnisse in den einzelnen Organisationen. Die Löhne in den einzelnen Betrieben wurden verglichen, in der Textilindustrie sind sie menschenunwürdig. Auch die staatlichen Schlächter wurden unter die Lupe genommen und ihr Verhalten bei den Lohnverhandlungen wurde scharf kritisiert. Der Vorstand wurde in der bisherigen Zusammenkunft ohne Debatte beibehalten. Der Geschäftsführer der Konsum- und Spargenossenschaft gab einen Ueberblick über das Genossenschaftswesen. Ein Punkt darf hierbei nicht unerwähnt bleiben. Der Konsumverein liefert seinen Mitgliedern seit einiger Zeit Brot, und zwar billiger, als es die Bäckermeister verkaufen. Diese kaufen nun dagegen Sturz und veranlassen die Firma Brüdnert, dem Konsumverein kein Mehl mehr zu liefern. Trotzdem wird Brot gebacken und die Genossenschaft entwickelt sich um so besser, denn die Arbeiterschaft lernt aus diesem Verhalten. Jetzt hat jeder einzelne die Pflicht, sein Brot unbedingt im Konsumverein zu kaufen, dann braucht die Firma Brüdnert auch an die Bäckermeister kein Mehl mehr zu liefern.

Kalbe. Einbrecher im Güterschuppen. In der Nacht zum 1. Februar wurde auf Bahnhofs Kalbe (Saale) West in dem Güterschuppen ein Einbruch verübt. Türen, Fenster und Rulle wurden erbrochen. Der Kassenhüter, welcher schwer beschädigt wurde, widerstand jedoch. Den Dieben fiel nur ein geringer Bestand an Wechselgeld in die Hände. Außerdem wurde ein alteses Fahrrad (Fabriknummer 17146) gestohlen. — Ein widerlicher Zeitgenosse jehnt der Hausbesitzer W. in der Anstaltsstraße zu sein. Er beschmiert seinen Mietern die Türflügel mit Menschenkot. Hoffentlich bekommt er einen tüchtigen Denzettel dafür.

Kreis Wanzleben.

Salsborn. Der Parteiverein hielt am Sonntag seine Mitgliederversammlung ab. Der Vorsitzende bewies an manchem Beispiel, wohin die Fahrt geht, wenn die Reaktionen wieder herrschen. Dann behandelte er organisatorische Fragen. Genosse D. Werner gab ein anschauliches Bild, wie sich die Arbeiter gegen ihre Feinde einzustellen haben. Auch über die Frauenbewegung wurde diskutiert. Mit allen Mitteln soll an ihrem Aufbau gearbeitet werden. Die Agitation für den „Bücherpreis“ wurde dem Genossen P. Kusche übertragen. Am Sonntag den 7. Februar spricht Genosse Buchholz über „Christentum und Sozialismus“.

Ulmarsl.

Krensdorf. Vom Baum erschlagen. Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich beim Holzfällen im Walde. Der Förstermeister Windemann wurde von einem Baum zu Boden geworfen, der zu früh stürzte. Als man den Verunglückten unter dem schweren Baum hervorholte, war der Mann bereits tot. Der Verunglückte hinterläßt eine fünfköpfige Familie.

Osternburg. Parteiversammlung Freitag den 6. Februar, abends 8 Uhr, bei Wehne. Vollständiges Erscheinen der Mitglieder ist notwendig. Auch die Frauen müssen kommen.

Stendal. Der Haushaltsplan der Schlachthofvermaltung, der den Stadtverordneten in der nächsten Sitzung zur Genehmigung vorgelegt werden wird, schlägt in Einnahme und Ausgabe mit 66 500 Mark ab. Die veranschlagten Einnahmen haben gegenüber dem Vorjahr eine Erhöhung erfahren. Man errechnet aus den Schlachthofbenutzungsgebühren 85 721 Mark, die sich folgendermaßen verteilen: 20 Stück Rindvieh über 700 Kilogramm, 200 Stück von 501 bis 700 Kilogramm, 800 von 251 bis 500 Kilogramm, 280 von 126 bis 250 Kilogramm, 2800 Kälber und Schafe, 250 Ziegen, 9000 Schweine über 60 Kilogramm Lebendgewicht und 1000 Stück bis 60 Kilo; ferner 120 Pferde, 600 Mauler und Maultiere, 4 Fohlen, 12 Ferkel und 12 Lämmer. Die Untersuchungsgebühren, die im vergangenen Jahre mit 9687 Mark veranschlagt waren, sollen diesmal 13 928 Mark bringen, ferner sollen die Viegegebühren eine Steigerung von 500 auf 1200 Mark erfahren. — Erfolgreicher Züchter. Auf der 30. Jubiläums-Weltschau in der Karlsruher Zucht, die am 1. Februar in Leipzig stattfand, erhielt der Züchter Genosse W. Gädike, Bergstraße, von 2855 Tieren mit 95 Punkten den Jubiläumspreis auf deutsche Widder-Rammler. Auf der mitteldeutschen Schau in Halberstadt, die vor einem Jahre stattfand, holte Gädike mit 96 Punkten den Siegerpreis (silberne Medaille). — Einbruch. Dem Grundbesitzer A. aus Bindfelde wurden in letzter Nacht durch einen Einbruch sämtliche Fleischwaren eines vor kurzem eingeschlachteten 4 Jentner schweren Schweines gestohlen.

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold.

Kreis Neuhaldensleben.

Die Fahrt zum Bundesstag.

Für die an den Braunschweiger Strecken liegenden Ortsgruppen des Reiches liegenden Ortsgruppen des Reiches wird hinsichtlich des Transportes zum Bundesstag am 22. Februar folgendes mitgeteilt:

Die Kreisleitung hat Verhandlungen mit dem Gau Braunschweig aufgenommen, um zu ermöglichen, daß die Kameraden, von den von Schöningen und Helmstedt verkehrenden Sonderzügen aufgenommen werden. Sobald das Ergebnis vorliegt, erhalten die Ortsgruppen die erforderlichen Anweisungen.

Die Kameraden der Ortsgruppen aus der Umgegend von Gilsleben (nicht aus dem Wölper Gebiet) können mit dem zweiten Braunschweiger Sonderzug befördert werden. Diese Ortsgruppen müssen aber unbedingt bis zum 7. Februar die Teilnehmerzahl an den Kameraden Wiegner melden.

Soweit einzelne Ortsgruppen besondere Abmachungen getroffen haben, ist dem Unterzeichneten hierüber unverzüglich Mitteilung zu machen.

Die Kreisleitung.

Wiegner, Ortsestraße 37.

Neuhaldensleben. Die Kameradschaft Neuhaldensleben veranstaltet am Freitag den 6. Februar, abends 8 Uhr, bei Herzog ihre Monatsversammlung. Kameraden, es stehen außerordentlich wichtige Fragen zur Erledigung; es muß vor allem die vollständige Beteiligung an dem Bundesfest in Magdeburg sichergestellt und über die Mitteilungen des Bundesvorstandes gesprochen werden. Deshalb ist das Erscheinen aller Kameraden Pflicht.

Neuhaldensleben. Die nächste Mitgliederversammlung findet am Freitag den 6. Februar, abends 8 Uhr, bei Herzog statt. Sämtliche am Bundesfest in Magdeburg teilnehmenden Kameraden müssen erscheinen. Nach Erledigung der Tagesordnung Kameradschaftliches Beisammensein.

Uenrode. Die republikanische Veranstaltung am Sonntag abend war ein Erfolg für das Reichsbanner. Trotz des schlechten Wetters waren die Kameraden von Uenrode, Erleben und Utenhagen mit ihren Frauen und Angehörigen zu unserm Beisein gekommen. Die Aufführungen von Theaterstücken, Reigen und Stabübungen wurden mit großem Beifall aufgenommen. Es wurde eine ganze Anzahl Mitglieder gewonnen. Die nächste Mitgliederversammlung ist am Sonnabend den 7. Februar.

Bezirkskonferenz in Egeln.

Am Sonntag den 8. Februar, vormittags 10 Uhr, findet für den Bezirk Egeln in Egeln beim Gastwirt Kommer, Riesenstraße, eine wichtige Bezirkskonferenz statt. Neben anderen wichtigen Angelegenheiten soll vor allem unser Bundesfest am 22. Februar besprochen werden. Es ist zu empfehlen, daß die Ortsgruppen nicht nur einen, sondern mehrere Delegierte senden. Der Kreisleiter.

Neuhaldensleben. Der Theaterabend der Ortsgruppe war trotz der Beeinträchtigung des Besuchs durch das schlechte Wetter ein voller Erfolg. Es geht vorwärts mit der Ortsgruppe. Das Selbstvertrauen ist gewachsen. Zahlreiche Neuaufnahmen wurden gemacht. Die Stabteilungsgruppe haben wir schon an Mitgliederzahl überflügelt. Am Bundesfest in Magdeburg am 22. Februar müssen die Kameraden vollzählig teilnehmen.

Kreiskonferenz in Gardelegen.

Die am Sonntag in der „Neuen Welt“ in Gardelegen abgehaltene Kreisversammlung für den Kreis Gardelegen war trotz des schlechten Wetters gut besucht. Gerade die am weitesten entfernten liegenden Ortsgruppen hatten es sich nicht nehmen lassen, zum mindesten einen Vertreter zu entsenden. Nachdem Kamerad Köhler die Kameraden begrüßt hatte, nahm Kamerad Treumann (Stendal) das Wort zu seinem Vortrag über die politische Lage und die Arbeit des Reichsbanners. Die Zustimmung, die der Redner von allen Kameraden, die in der Besprechung des Vortrages das Wort nahmen, bekam, bewies, daß auch die Kameraden in der Altmark nicht mehr gewillt sind, sich beiseite schieben zu lassen, sondern alles daransetzen werden, den Feinden der Republik energisch entgegenzutreten.

Bei der Besprechung der Bundesfahrt am 22. Februar nach Magdeburg wurde auf die unbedingte Teilnahme aller Ortsgruppen hingewiesen, und jedem die Fahrt der einzelnen Ortsgruppen geregelt, die bis spätestens 15. Februar dem Kameraden Treumann (Stendal), Brüderstraße, Nachricht zukommen lassen müssen.

Bei der Besprechung der Veranstaltungen im Kreise gab Kamerad Köhler nach einigen Erläuterungen die Lage bekannt, an welchen nach Aufstellung des Gewerkschaftsrechnungswesen und Veranstaltungen vor sich gehen müssen. Auch hier zeigte eine rege Aussprache ein, die aber schließlich volle Einmütigkeit ergab. Es findet demnach am 12. Juli die Kreisfabrikantenwahl statt. Die Meldungen müssen sofort nach Rücksprache mit den Ortsgruppen erfolgen.

Einen breiten Raum der Beratungen nahmen die Organisationsfragen ein. Nach den Ausführungen des Kameraden Reich und Ergänzungen durch die Kameraden Köhler und Treumann zeigte eine lebhafte Aussprache ein, die in dem Beschluß ihren Niederschlag fanden, daß die monatlichen Beiträge durchschnittlich 25 Pfennig betragen, und daß bei Neuaufnahmen sofort 1 Mark zu zahlen ist. Die 1 Mark Eintritt sind für Eintrittsgeld, Beitrag und Bundesabzeichen.

Nachdem Kamerad Köhler noch auf dringliche und zersplitterte Abführung der Beiträge, auf die Zeitungfrage sowie die Unterhaltungsfrage hingewiesen hatte, wurden noch einige persönliche Angelegenheiten erledigt. Nach einigen aufmerksamen Worten des Kameraden Köhler wurde die Sitzung mit einem Hoch auf die Republik und das Reichsbanner geschlossen.

Groß-Ammensleben. Die Ortsgruppe veranstaltet am Freitag den 6. Februar, abends 8 Uhr, bei Deneke eine öffentliche Versammlung. Kamerad Hagemann (Magdeburg) wird sprechen. Alle Republikaner sind dazu eingeladen. Die Kameraden, die am 22. Februar den Sonderzug benutzen wollen, werden gebeten, das Fahrgeld bis Sonnabend den 7. Februar anzuliefern.

Leitliche. Am Sonnabend hielt unsere Ortsgruppe eine Versammlung ab, in der der Vorsitzende den Bericht von der Gaukonferenz gab. Nach dem Rapportbericht folgte die Wahl des Vorstandes. 1. Vorsitzender wurde Erich Stage, Schriftführer Gustav Hebe und Kassierer Tuschke. Dann wurde das Bundesfest in Magdeburg besprochen, an dem sich auch unsere Ortsgruppe stark beteiligen muß. Hoffentlich werden sich nun bald alle Kameraden, die uns noch fernstehen, dem Reichsbanner anschließen.

Kalbe. Die Ortsgruppe veranstaltete im Lokal von Heinze einen Unterhaltungsabend mit Konzert und Gesangsbeiträgen. Darbietungen ernteten und heitern Inhalts wechselten in bunter Reihenfolge und hielten die zahlreichen Besucher, die der Saal kaum fassen konnte, bis nach Mitternacht zusammen. Kamerad Günther (Verburg) sprach über die schwarzweißrote Gefahr in der innern und äußern Politik. Wenn sich jeder die Not der Kriegsjahre vor Augen führt, kann es für ihn keine andre Lösung geben, als gegen die Kriegsgewalt aufzutreten und sich dem Reichsbanner anzuschließen. Daß dies erkannt wird, zeigt der erhebliche Mitgliederzuwachs des Reichsbanners. Am Montag den 9. Februar, abends 8 Uhr, findet im Lokal von Heinze die nächste Mitglieder-Versammlung statt. Jeder hat zu erscheinen. Rüstet alle zum 22. Februar zum Bundesfest in Magdeburg.

(Schluß des redaktionellen Teiles.)

Rheumatischer Loben die gute Wirkung und Bekanntheit des Seltiger Loos. Paket 1.25 Mk. 50 Pf. Apothek. Kreier Reg 158.

Frauen-Feinde

Der moderne Gesellschafts-Großfilm aus der Goldwyn-Klasse der Ufa

Ab Freitag

Walhalla-Lichtspiele



Denke daran

nur „Schwan im Blauband“ sollst du bringen, die Feinkostmargarine mit dem vorzüglichen Aroma und Geschmack, die auch so gut zum Kochen und Braten ist.

Sie kostet 50 Pf. das Halbpfund in der bekannten Originalpackung

Schwan im Blauband

frisch gekirmt

Wir bitten, beim Einkauf von „Schwan im Blauband“ das farbige illustrierte Familienblatt „Die Blauband-Woche“ gratis zu verlangen.



Zentral-Theater

Täglich 7 1/2 Uhr

Zigeunerbaron

Musik von Johann Strauß.

Der beliebte Operettentenor **Oskar Neruda** als Gast in der Titelrolle.

Sonntags zwei Vorstellungen 3 1/2 Uhr (kleine Preise) und 7 1/2 Uhr.

Stöbentlicher Kartenvorverkauf an der Theaterkasse und an den bekannten Vorverkaufsstellen.

Stadttheater

Donnerstag den 5. Februar Anf. 7 1/2 Uhr 8. Abend Ende 10 Uhr

Der Schmuck der Madonna

Oper von Wolf-Ferrari.

Freitag den 6. Februar Anf. 6 Uhr 1. Abend Ende 10 Uhr

Siegfried.

Sonntag, 8. Februar, vorm. 11 1/2 Uhr

Ökumenische Morgenveranstaltung

Sprecher: Gustav Herrmann (Celpis) über

Grötteste, Parodie u. Satire

Wilhelm-Theater

Offene Vorstellungen:

Sonntag den 8. Februar Anfang 8 Uhr

Frau Warrens Gewerbe

Drama von Bernard Shaw.

Donnerstag den 5. Februar

Vorstellung für die Volkshöhle, Anf. 8 Uhr: Frau Warrens Gewerbe, Drama von Bernard Shaw

Reichshalle

Richard Joppich Kaiserstr. 18/19

Heute Donnerstag

Schlachtfest

Sonabend den 7. Februar d. J. ab 7 Uhr abends

Spanferkel



Resenmontag

Eine deutsche Offiziers-Tragödie von O. E. Hartleben.

Regie: Rudolf Meinert.

Die Handlung spielt in einer kleinen Garnisonstadt und auf einem Gut in der Nähe derselben vor dem Weltkriege.

Gardelegen. Gardelegen.

Einladung.

Am Freitag am 7. Februar, abends 8 Uhr, im Hotel Rathfindenden

Monteur-Ball

des Heberlandwerks Gardelegen

Das Komitee.

Barby. Barby.

Konsum- und Spargenossenschaft

Calbe a. d. S. und Umgegend.

Am Freitag den 6. Februar, abends 8 Uhr, findet im „Rautenkranz“ ein öffentlicher Lichtbilder-Vortrag statt. Der Eintritt ist frei, der Saal gut besetzt. Hier weitere Abende werden folgen. Alle Werbungen haben Zutritt. Es gilt die Verantwortung in ihrer Beziehung fernerkommenden.

Der Vorstand.

Die

Fledermaus

das Symbol der

Redoute

im

Hofjäger

am Dienstag den 10. Februar cr., ab 7 Uhr

30 Herren! Ballmusik 30 Herren!

Das gesamte Magdeburger Konzertorchester unter persönlicher Leitung des Herrn Obermusikmeisters G. Vogel.

Die einzigartige Dekoration

Vorverkauf: Verkehrsverein, Breiter Weg.

Die große Premiere

findet in Anwesenheit des Schöpfers dieses Meisterwerkes Herrn Regisseurs

Rudolf Meinert

am

Freitag den 6. Februar

statt.



Das Theater der internat. Großfilme

Unzerbrechliche Schultafeln Buchhandlung für kleine und große Kinder empfiehlt Volksstimme.

Golzes Gesellschaftshaus

St. Stadtmarsch 7c.

Seine Donnerstag den 5. Februar veranstaltet der Geselligkeitsverein Gute Hoffnung einen

Gala-Maskenball

Freunde und Gönner des Vereins willkommen! Auf Wiedersehen! 7 Uhr. Der Vorstand.

Montag, 9. Februar, abends 8 Uhr, spricht in der Aula der Augustaschule

Dr. Bruno Wille

der deutsche Bühnenphilosoph u. Dramatiker Magdeburgs

Meine Magdeburger Kindheit

Die Zerstörung Magdeburgs 1631

Den Dichter der „Abschüre“ und der „Magdeburger Bluthochzeit“ sollte jeder Magdeburger gekannt haben. Karten zu Ges. 1.50 in der Buchhandlung Karl Peters, Breiterweg 150. 175

Der schönste Wandersmann

Jeden Sonntag ein neues Bild!

33 Original-Zeichnungen und Original-Holz-Intarsien

der beste Künstler, mit seinen und Günstigen Dichtern und Zeichnern

Buchhandlung

Wolfsstimme

Magdeburg.

Magdeburger Lichtspiele

Heute letzter Tag!

Kammer

Täglich anberufen!

Lumpen und Seide

Der neue Sonderfilm mit Belahold Schöndel.

Im letzten Teil:

6 Uhr morgens

Großes mit Henry Banks.

Nur ein Affe

Die beste Komödie der Woche! Spielfilme: Sonntags 3 Uhr, werktags 4 Uhr.

Panorama

Der Film der 1900 Generationen Der neue Spielfilm

Jagdruß der Liebe

Ein Film der zitterndsten Spannung Die besten Szenen

Affenliebe

Cowboyglück

Heute Freitag ist wieder insat. Beginn werktags 5 Uhr. Sonntags 3 Uhr.

Walhalla

Die Skandal-Affäre im Hause Dr. M...

Der falsche Arzt

Dr. M... Michael Bartolucci

Der Kampf um das Erb der Halbmond-Farm

mit Hest Gibson.

Füll

Der große historische Prunkfilm

Lady Wildairs Vergangenheit!

7 Abschnitte aus d. Leben einer schönen Frau

Gerner: Ein sensationelles Projekt aus der Dresdener Gesellschaft

Der Freispruch

Der rätselhafteste Fall in der Kriminalgeschichte.

Zirkus

... die sich verkaufen

Ein Film aus den Höhen und Tiefen des Lebens.

The Fox, der Geheimpolizist

Der fabelhafte Sensationsfilm mit Carey

dem amerikanischen Harry Piel. Wochentags 6 Uhr. - Sonntags 8 Uhr.